

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 2. März 1925

-----  
Gasanlagen für Wohnungen gegen Teilzahlungen. Vom 1. März an werden von den städtischen Gaswerken in kleinen und mittelgrossen Wohnungen Gasleitungen gegen Abstattung der Kosten in zehn monatlichen Teilzahlungen ausgeführt. Da die Zahl der noch in diesem Jahr auszuführenden Gasleitungen beschränkt ist, empfiehlt es sich, die Anmeldungen bei den Geschäftsstellen der Wiener städtischen Gaswerke, VIII. Josefstädtestrasse 10 und XII. Theresienbadgasse 3, sofort vorzunehmen.

-----  
Die Gemeinde Wien und die Schillingrechnung. Der Wiener Magistrat macht neuerlich darauf aufmerksam, dass vom 1. März an alle Buchungen und Vorschreibungen von Steuern und Abgaben aller Art sowie alle Einzahlungen und Auszahlungen in der Schillingrechnung durchgeführt werden. Es sind daher die gesetzlich vorgeschriebenen Abrechnungen vom 1. März bereits in der Schillingwährung auszufertigen. Soweit hierfür amtliche Formulare zu verwenden sind, soll der Vorrat aufgebraucht werden, auch wenn diese Formulare auf Kronen lauten. Es sind die Kronenbeträge auf die Schillingwährung umzustellen.

-----  
Beschränkung der Schifffahrt nächst der Reichsbrücke. Auf Ersuchen der Schifffahrtinteressenten werden im Wiener Donaudurchstich beim Schiffswendeplatz unterhalb der Reichsbrücke vom 2. März an Baggerungsarbeiten durchgeführt. Diese Arbeiten dürften ungefähr sieben Wochen dauern. In dieser Zeit kann der Schiffswendeplatz unterhalb der Reichsbrücke nicht benützt werden. In der Strecke zwischen Reichsbrücke und Stromkilometer 1928 darf auch keine Begegnung von Schleppzügen und Dampfern untereinander sowie mit grossen Ruderfahrzeugen stattfinden. Ferner dürfen längs des rechten Ufers nicht mehr als zwei Schleppreihen nebeneinander aufgestellt werden, weil sonst die Fahrrinne zu stark verengt wird. Solange diese Verkehrsbeschränkung besteht, wird zur Verständigung talwärts kommender Fahrzeuge an der Kuchelauerkände eine rote Flagge gehisst und eine Tafel angebracht, die auf weisem Grund mit schwarzen Buchstaben die Aufschrift trägt: Wendeplatz Reichsbrücke gesperrt.

-----  
Warnung vor Sammlungen für die Feuerwehr. In der Feuerwehrzentrale der Stadt Wien beschwerten sich viele Personen darüber, dass sie häufig von Feuerwehrleuten mit Sammlungen belästigt werden. Die Feuerwehrleute erscheinen bald in voller Uniform, bald nur mit Dienstkappe und geben als Zweck der Sammlung an, dass das Erträgnis für verunglückte Feuerwehrleute bestimmt ist. Auch werden Karten für verschiedene Veranstaltungen angeboten. Die bei der städtischen Feuerwehrzentrale vorseprechenden Personen erklären meist, dass sie es für unverständlich finden, dass die Bevölkerung für die Erhaltung der Feuerwehr Steuern zahlen muss, wenn trotz dem fortwährend solche Sammlungen für die Feuerwehr abgehalten werden. Die Gemeinde Wien stellt demgegenüber fest, dass es sich bei allen diesen Sammlungen und Veranstaltungen um freiwillige Feuerwehren handelt. Die Berufsfeuerwehr der Stadt Wien oder die Gemeindeverwaltung hat mit diesen Sammlern gar keinen Zusammenhang. Die Angehörigen der Wiener Berufsfeuerwehr sind in die Dienstordnung der städtischen Angestellten eingegliedert, erhalten nach vollendeter Dienstzeit die volle Pension und werden bei Dienstesunfähigkeit gleichfalls entsprechend versorgt. Für die Wiener städtische Berufsfeuerwehr dürfen natürlich weder Sammlungen noch sonstige Wohltätigkeitsveranstaltungen gemacht werden. Sollte aber für solche Veranstaltungen der Name der städtischen Berufsfeuerwehr missbraucht werden, dann handelt es sich um Schwindler, die sofort zu verhaften sind.

Wien und die Abgabenteilung. In der Sitzung des niederösterreichischen Landtages vom 28. Februar 1925 hat Landesrat Dr. Beirer, laut stenographischem Protokoll wörtlich folgendes ausgeführt: „Wien hat beispielsweise bei der Warenumsatzsteuer den Bezug von 296.3 Milliarden, während alle anderen Länder und Gemeinden gemeinsam nur 162.4 Milliarden erhalten. Bei der Einkommensteuer hat Wien 279 Milliarden, die Länder und Gemeinden 76.7 Milliarden, bei der Körperschaftssteuer hat Wien 285.9 Milliarden, die Länder und Gemeinden zusammen 66.4 Milliarden erhalten. Wenn ich jetzt die Summe insgesamt nehme, so bekommt Wien aus der Abgabenteilung 1,092.4 Milliarden, während die gesamten Länder zusammen 409 Milliarden bekommen; es bekommt also Wien rund genommen das Zweieinhalbfache mehr als die Länder und Gemeinden zusammen“.

Diese Behauptungen stehen mit den Tatsachen im vollsten Widerspruch. Jede einzelne, der von Landesrat Dr. Beirer genannten Zahlen ist falsch. Laut jener amtlichen Zusammenstellung, die das Bundesministerium für Finanzen allen Landesregierungen zukommen liess, die also auch dem Herrn Landesrat Beirer als Finanzreferenten des Landes Niederösterreich nicht unbekannt geblieben sein kann, lauten die richtigen Zahlen des abgelaufenen Jahres wie folgt: Warenumsatzsteuer: Wien 296.3, die übrigen Länder und Gemeinden 324.9 Milliarden; Einkommensteuer: Wien 279, die übrigen Länder und Gemeinden 153.3 Milliarden; Körperschaftssteuer: Wien 285.9 Milliarden, die übrigen Länder und Gemeinden 112.6 Milliarden. Von den Ertragsanteilen, die im Verwaltungsjahr 1924 insgesamt 1937.3 Milliarden ausmachten, entfielen auf die übrigen Länder und Gemeinden 845 Milliarden Kronen. Wäre die Behauptung des Landesrates Dr. Beirer zutreffend und würde Wien wirklich das Zweieinhalbfache dessen beziehen, was die gesamten Länder und Gemeinden zusammen erhalten, so hätte der Anteil Wiens 2.112.5 Milliarden ausmachen müssen. Es ist dies leider nicht der Fall. Es fehlen vielmehr dazu 1020.2 Milliarden Kronen. Der tatsächlich Wien zugeflossene Anteil hat nämlich nur 1092.3 Milliarden betragen. Noch wesentlich ungünstiger werden sich die Verhältnisse für Wien im Verwaltungsjahr 1925 gestalten. Darüber haben sämtliche Landesregierungen gleichfalls vom Bundesministerium für Finanzen amtliche Daten erhalten. Es ist überdies das diesbezügliche Zahlenmaterial im Voranschlag des Bundes selbst in allen Einzelheiten verzeichnet. Laut Bundesvoranschlag haben alle Länder und Gemeinden im Jahre 1925 auf Abgabenertragsanteile von zusammen 1429.3 Milliarden Kronen zu rechnen. Hievon entfallen auf die Länder und Gemeinden mit Ausnahme Wiens 720.1 Milliarden. Wären die Behauptungen des Herrn Landesrates Dr. Beirer zutreffend und erhielte Wien das Zweieinhalbfache dessen, so wären es 1800.2 Milliarden Kronen. In Wahrheit entfallen laut amtlichen Angaben des Bundesministeriums für Finanzen auf Wien nur 709.2 Milliarden. Es fehlen also 1091 Milliarden! Während im Jahre 1924 der Anteil Wiens an den gemeinsamen Abgaben zwar nicht Zweieinhalbfache, aber immerhin rund 56.4 Prozent entsprechend seiner viel grösseren Steuerleistung und Konsumkraft betragen hat, sinkt der Wiener Anteil im laufenden Jahr auf 49.6 Prozent herab. Die Ursache liegt darin, dass die Körperschafts- und Einkommensteuer, bei denen Wien einen stärkeren Anteil hat, in ihrem Ausmass und Ertrag eine starke Verminderung erfahren, hingegen die Getränkesteuern, bei denen Wien offensichtlich in der schwersten Weise verkürzt worden ist, unverändert geblieben sind.

Da wie vorstehend nachgewiesen wurde, die Behauptungen des Finanzreferenten von Niederösterreich dem Tatbestande durchaus widersprechen, so sind damit wohl auch alle in der Öffentlichkeit daran geknüpften Kommentare als unzutreffend gekennzeichnet. Desgleichen selbstverständlich die Erwartungen, dass Wien etwa auf die ihm verbliebenen Abgabenertragsanteile irgendwie zugunsten der Länder verzichten könnte. Wien ist hingegen, wie schon wiederholt festgestellt und zur Kenntnis der Regierung und aller Länder gebracht worden ist, ohneweiters bereit, auf sämtlich Ertragsanteile zu verzichten, wenn es wieder- sei es auch in den Grenzen eines zu schaffenden Rahmengesetzes- die dafür dem Bund abgetretenen Zuschlagsrechte ausüben und die vom Bund inkammerierte Luxuswarenabgabe einheben kann. Damit würden auch alle jene Missverständnisse ein Ende nehmen, als ob Wien vom Bund irgendwelche Subventionen erhalte und sich dafür eine Kontrolle gefallen lassen müsse. Es wäre keine Möglichkeit mehr zu unsachlichen Darstellungen in anderen gesetzgebenden Körperschaften. Wien würde vielmehr unter der vollen Verantwortlichkeit vor der gesamten Bevölkerung alljährlich die Höhe der Zuschläge festsetzen und müsste sich bemühen, den Vergleich mit anderen Ländern und Gemeinden möglichst gut zu bestehen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 3. März 1925

.....  
Die Todesfälle in Wien im Jänner. Die Sterblichkeit in Wien im Jänner 1925 ist gegenüber Jänner 1924 um 96 Fälle höher gewesen. Insgesamt starben 2291 Personen im Jänner 1925, während im Jänner des vergangenen Jahres die Zahl der Todesfälle 2195 war. Im Dezember 1924 sind in Wien 2319 Personen gestorben. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel mit 454 auf die Krankheiten der Kreislauforgane.

-----

Osterreichische Gemeindezeitung. Soeben ist das erste Märzheft dieser Halbmonatsschrift des Städtebundes erschienen. Es enthält Aufsätze über die im Mai in Wien stattfindende Hygieneausstellung, über Ernährung und Volksgesundheit und über den Wohnungsbau in Norwegen. Obermagistratsrat Dr. Kerner untersucht in einer interessanten Studie die beiden Haushaltspläne der Städte Wien und Berlin bezüglich ihrer Leistungen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Stadtsekretär Dr. Rubik berichtet über die neue Wertzuwachsabgabe in Niederösterreich. Dr. Seeger behandelt ausführlich die Funktionen der Press- und Theaterpolizei in den autonomen Städten. Das Heft enthält ausserdem eine Reihe kleinere wichtige kommunalpolitische Mitteilungen. Es ist im neuen Wiener Rathaus zu beziehen.

-----

## R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 4. März 1925

-----  
Die Märkte und Schlachthöfe der Stadt Wien. Für die Fleischversorgung der Stadt Wien bestehen der Zentralviehmarkt, der Pferdemarkt in Margareten, die Grossmarkthalle mit einer Gefrier- und Kühlanlage, der Schlachthof St. Marx mit zwei Kühlanlagen, der Schlachthof Meidling, der Schweineschlachthof auf der Landstrasse mit einer Kühlanlage und die Wiener Kontumazanlage in Simmering mit einer Kühlanlage. Der Versorgung mit sonstigen Lebensmitteln dienen der Zentralfischmarkt, dem eine Gefrieranlage angeschlossen ist, der Naschmarkt, die Abteilung für Viktualien in der Grossmarkthalle, fünf Detailmarkthallen in den Bezirken Wieden, Mariahilf, Neubau, Josefstadt und Alsergrund und 42 offene Märkte. Die Gemeinde hat ausserdem zwölf Brückenwagen zum öffentlichen Gebrauch auf den Märkten eingerichtet. Die Gemeinde beschäftigt in ihren Schlachthöfen und auf ihren Märkten 538 Arbeiter und 27 Angestellte. Für das Jahr 1925 sind die Ausgaben für die Märkte und Schlachthöfe mit rund 75 Milliarden Kronen veranschlagt, während die Einnahmen kaum 65 Milliarden Kronen betragen, so dass ein Abgang von mehr als zehn Milliarden Kronen verbleibt. Noch in diesem Jahre wird in Gross-Jedlersdorf ein Ferkelmarkt errichtet; die voraussichtlichen Kosten sind mit 1230 Millionen Kronen in den Voranschlag eingesetzt worden. Im Schlachthof St. Marx wird eine Zentraldarmputzerei eingerichtet, die Kühl- und Gefrierräume in der Grossmarkthalle werden vergrössert, die dortige Maschinenanlage erweitert und für die Kühlanlage in St. Marx ist der Einbau einer Fernthermometeranlage, zweier Berieselungskondensatoren und die Anschaffung von Werkzeugmaschinen vorgesehen.

-----  
Die Lehrlingsfürsorge im Film. Die Lehrlingsfürsorgeaktion beim Volksgesundheitsamt veranstaltet am Sonntag, den 8. März um 10 Uhr vormittags im Festsaal des Ottakringer Arbeiterheims eine Filmvorführung aus den Lehrlingsheimen in Oesterreich. Ausserdem wird ein Lichtbildervortrag mit den neuesten Aufnahmen aus den Erholungsheimen in Bruck an der Leitha, Fischau an der Schnaebergbahn, Gobelburg, Schloss Neulengbach und Niederalm stattfinden und der Leiter der Aktion August Marianek über die Aufnahme in die Heime in diesem Jahre sprechen.

-----

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 5. März 1925

-----  
Zwei neue grosse städtische Wohnhausanlagen. Am Mittwoch hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten auf Antrag des städtischen Baureferenten amtsführenden Stadtrates Siegel die Entwürfe für zwei neue Wohnhausanlagen genehmigt. Nach dem ersten Entwurf werden auf einer Baustelle an der Neilreichgasse in Favoriten 433 Wohnungen, acht Geschäftslokale, zwei Werkstätten, ein grosser Kinderhort und eine zentrale Wäscherei errichtet werden. Der Baublock ist 8944 Quadratmeter gross; davon werden 4347 Quadratmeter verbaut. Zwei Höfe werden mit Grasflächen und Bäumen ausgestattet und als Spielplätze für die Kinder und Erholungsort für die Wohnparteien verwendet. Von dem grossen Umfang bekommt man am besten eine Vorstellung, wenn berücksichtigt wird, dass die Wohnhausanlage nicht weniger als zweiundzwanzig Stiegehäuser umfassen wird. Die voraussichtlichen Kosten dieses Wohnhausbaues werden mit 5,780.000 Schilling geschätzt und aus der Wohnbausteuer gedeckt. Der Entwurf wurde von den Architekten Alfred Keller und Walter Brossmann gearbeitet.

Der Entwurf für den zweiten Wohnhausbau stammt von dem Architekten Michael Rosenuer. Dieses Wohngebäude wird an der Linzerstrasse-Waidhausenstrasse-Felbigergasse errichtet werden, 114 Wohnungen, zwei Ateliers, zwei Geschäftslokale und Räume für die städtische Strassenpflege enthalten. Auf dem Dachboden werden neun Waschküchen geschaffen. Die Küchen erhalten Gasherde. Die Kosten dieses Wohnhauses sind mit 1,560.000 Schilling veranschlagt und werden gleichfalls aus den Einnahmen der Wohnbausteuer bestritten.

In den beiden neuen Wohnhausanlagen erhalten alle Wohnungen harte Brettlböden, ein eigenes Vorzimmer; Wasserleitung und Klosetts sind in alle Wohnungen eingebaut.

Die Entwürfe werden bereits in der kommenden Woche den Gemeinderat beschäftigen.

-----  
Keine Sprechstunde beim städtischen Personalreferenten. Am Montag und Donnerstag der kommenden Woche entfallen wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden bei dem amtsführenden Stadtrat Speiser.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 6. März 1925

-----  
Späterer Ladenschluss im Handelsgewerbe. Der Wiener Magistrat hat festgesetzt, dass der Ladenschluss an folgenden Tagen des Jahres 1925 um eine Stunde später als nach den bestehenden Vorschriften erfolgen darf: Beim Lebensmittelhandel im kleinen an den sechs letzten Werktagen während der Wiener Herbstmesse. Beim Kleinhandel mit anderen Waren an allen Werktagen während der Wiener Frühjahrsmesse, am letzten Werktag vor dem Ostersonntag (11. April 1925), am letzten Werktag vor dem Pfingstsonntag (30. Mai 1925), an den sechs letzten Werktagen während der Wiener Herbstmesse, an den fünf letzten Werktagen vor dem 25. Dezember 1925 und am letzten Werktag des Jahres.

-----  
Magistratsabteilung für Verkehrsangelegenheiten. Vom Donnerstag an ist die Magistratsabteilung 20 (Verkehrsangelegenheiten) nicht mehr im Neuen Amtshaus, sondern im Magistratsgebäude Alsergrund, Währingerstrasse 39. Die Abteilung ist telefonisch vorläufig unter der Nummer 24-2-66 zu erreichen.

-----  
Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Anfangs April beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI. Brückengasse 3, folgende Kurse: Vormittagskurs für feinere Küche (täglich), Abendkochkurs (zweimal wöchentlich), Abendkleidermacherkurs (zweimal wöchentlich), Abendweissenähkurs (zweimal wöchentlich), Servierkurs (einmal wöchentlich). Auskunft wird täglich von 10 bis 3 Uhr, an Samstagen nur von 10 bis 1 Uhr in der Kanzlei der Schule erteilt.

-----  
Preisausschreiben der Völkerbundliga. Die Oesterreichische Völkerbundliga veranstaltet ein Preisausschreiben für Schüler österreichischer Lehranstalten über das Thema: Die Jugend im Dienste der Völkerverständigung. Als erster Preis ist eine Million Kronen, als zweiter Preis sind fünfhunderttausend Kronen, als dritter Preis sind zweihundertfünfzigtausend Kronen ausgesetzt. Ferner wurden zwei Preise zu je hunderttausend Kronen und fünf Preise zu je fünfzigtausend Kronen ausgesetzt. Das Ziel des Preisausschreibens ist nicht, formvollendete Arbeiten zu erhalten, sondern die Jugend zum Nachdenken über den Wert des Zusammenwirkens der Nationen zu veranlassen. Als preiswürdige Aufsätze werden daher nur solche Arbeiten betrachtet, die Vorschläge enthalten, deren Durchführbarkeit in absehbarer Zeit möglich wäre. Die Arbeiten sind durch die Schuldirektionen bis längstens 31. März 1925 an die Oesterreichische Völkerbundliga in Wien, I. Elisabethstrasse 9 einzusenden. Dort sind auch die näheren Bedingungen des Preisausschreibens und Richtlinien für die Bearbeitung des Themas zu erfahren.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 7. März 1925

-----  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat eine Sitzung am Dienstag um 10 Uhr vormittags ab. Der Wiener Gemeinderat versammelt sich am Freitag um 5 Uhr nachmittags.

-----  
Keine Sprechstunden beim städtischen Personalreferenten. Am Montag und am Donnerstag entfallen wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden bei dem amstführenden Stadtrat Speiser.

-----  
Die Lehrlingsfürsorge im Film. Morgen Sonntag um 10 Uhr vormittags findet im Festsaal des Ottakringer Arbeiterheims eine Filmvorführung statt, in der die Einrichtungen der Lehrlingsfürsorgeaktion beim Volksgesundheitsamt gezeigt werden. Gleichzeitig wird der Leiter dieser Aktion Sekretär Marianspek über die Bedingungen für die Aufnahme in diese Heime sprechen.

-----  
Ein neues städtisches Versorgungsheim. Der starke Zuwachs in den städtischen Versorgungshäusern hat die Gemeindeverwaltung veranlasst, ein neues Versorgungsheim zu errichten. In den Voranschlag für das Jahr 1925 wurden für dieses Gebäude bereits als erste Baurate zehn Milliarden Kronen eingesetzt. Das neue Altersheim soll keineswegs grossen Umfang haben, da die praktische Erfahrung gelehrt hat, dass sich die alten Leute in so grossen Anstalten, wie in Lainz, nicht besonders wohl fühlen. Es wird in der Volta-gasse in Floridsdorf gebaut werden und die Gemeinde will in den kommenden Jahren auch in einigen anderen Bezirken solche Anstalten errichten.

Die Zahl der Pflöglinge in den städtischen Versorgungsheimen steigt nämlich noch immer. So hatten alle Versorgungsheime der Stadt Wien im Jahre 1913 nur einen Belagraum für 7353 Pflöglinge und waren durchschnittlich sechstausend Personen in diesen Anstalten in Pflege. Im Jahre 1922 hatten die Versorgungsanstalten der Gemeinden aber schon einen durchschnittlichen Stand von fast neuntausend Pflöglingen und nach dem Voranschlag für das Jahr 1925 wird in diesem Jahr mit 8778 Pflöglingen gerechnet. Die Gemeinde musste das Kriegspital in Baumgarten in ein Versorgungsheim umwandeln um Platz zu schaffen und hat dort 950 alte Leute in Pflege. Im Versorgungshaus Lainz sind 5200 Pflöglinge untergebracht, in der Meldemannstrasse sind es 500, in Liesing 750, in Mauerbach 350, in St. Andrä 285, in der Leopoldstadt (Im Werd 19) 80, in der Rochusgasse 70, in der Martinstrasse 43 und im Bürgerversorgungshaus 550, zusammen also 8778 Pflöglinge. In allen diesen Heimen sind 1016 Angestellte beschäftigt. Im Jahre 1925 werden in fast allen Versorgungshäusern der Gemeinde ziemlich bedeutende Investitionen durchgeführt. So <sup>sind</sup> im Voranschlag für den Ausbau der Küchenanlage in Lainz eine dritte Baurate von 1250 Millionen Kronen, für einen Personenaufzug im Krankenhaus ein Betrag von 220 Millionen Kronen, für den Einbau von drei Wärmeschranken 120 Millionen Kronen, für Radanlagen 50 Millionen Kronen und für ärztliche Behelfe 16 Millionen Kronen eingestellt.

-----

## R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 9. März 1925

-----  
Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren für den Monat März wurden unverändert belassen und betragen daher das Fünfundzwanzigfache des für den Monat August 1914 bezahlten Mietzinses.

-----  
Ehrenpreis der Stadt Wien für den Albrecht Dürerbund. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller hat heute der städtische Finanzausschuss beschlossen dem Albrecht Dürerbund für seine 24. Hauptausstellung, die vom 29. März bis 26. April stattfindet, einen Ehrenpreis von dreihundert Schilling zu bewilligen. Gleichzeitig wurde einstimmig beschlossen, dem österreichischen Künstlerbund, der gegenwärtig in der Zedlitzhalle seine 19. Jahresausstellung veranstaltet, einen Ehrenpreis der Stadt Wien von zweihundert Schilling zu widmen.

-----  
Keine Spektakelgebühren! Bei der Verleihung der Erneuerung von Produktions- und Kinolizenzen werden von den magistratischen Bezirksämtern die sogenannten Spektakelgebühren eingehoben. Diese Gebühren wurden auf Grund einer „Allerhöchsten Resuktion“ vom 24. Juli 1671 eingehoben, die bestimmt, dass „bei den Komödien, Glückshäfen und anderen dergleichen Occasionen von jeder Teilnehmerperson ein Groschen zur Errichtung und Erhaltung eines Zuchthauses“ genommen werden soll. Das bezeichnete Zuchthaus war ursprünglich eine Strafanstalt unter staatlicher Leitung, ging später in die Verwaltung des Wiener Magistrates über und wurde am 1. Februar 1816 als k.k. niederösterreichisches Provinzialstrafhaus wieder in die Verwaltung des Staates übernommen, in der es bis zu seiner anfangs der Fünfzigerjahre des vorigen Jahrhunderts erfolgten Auflöfung verblieb. Ursprünglich wurden die Spektakelgebühren von staatlichen Organen eingehoben. Als aber das Zuchthaus in die magistratische Verwaltung überging, wurden auch diese Gebühren vom Magistrat einkassiert. Auch als dann das Zuchthaus wieder vom Staat übernommen worden ist, hob die Gemeinde die Spektakelgebühren weiter ein. Für diese Arbeit erhält die Gemeinde noch heute eine Entschädigung von drei Prozent der Abgabe. Im Laufe der Zeit wurden die Gebühren wiederholt geändert. Schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts wurde die Abgabe nicht mehr von <sup>den</sup> Zuschauern selbst, sondern von den Unternehmern verlangt, was auch noch heute geschieht. Ursprünglich wurden die Gebühren zur Gänze dem Strafhausfonds überwiesen, während jetzt nur ein geringer Teil diesem Zweck zufließt, da nach Abzug der städtischen Einhebungsgebühr fünf Sechstel dem Versorgungsfonds und ein Sechstel der Finanz- und Gebührenamtskasse für den Etat der niederösterreichischen Strafanstalten zufließen. Im Jahre 1923 betragen die Einnahmen aus dieser Abgabe 22,669.040 Kronen und im Jahre 1924 ungefähr 44.7 Millionen Kronen.

In der heutigen Sitzung des städtischen Finanzausschusses wurde auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Breitner beschlossen, dass die Spektakelgebühren mit Rücksicht darauf, dass ihr Ertrag unbedeutend und die Abgabe auch längst überholt ist, bis auf weiteres nicht eingehoben werden sollen.

-----

## R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 10. März 1925

.....  
Ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Mit Unterstützung der Wiener Stadtverwaltung wurde im Jahre 1923 vom Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen das Siedlungsmuseum gegründet. Diesem Museum wurden die wertvollen Gegenstände der so erfolgreichen Kleingarten-Siedlungs- und Wohnbauausstellung überwiesen, damit diese Pläne und Tabellen dauernd erhalten und ergänzt werden können. Präsident des Museums ist der jeweilige Wiener Bürgermeister.

Dieses Museum wird nun bedeutend erweitert und auf neue Grundlagen gestellt werden, wobei es, wie amführender Stadtrat Breitner heute im Wiener Stadtsenat ausführte, aber nicht zweckmässig ist, dass die Gemeinde allein diese Einrichtung erhält, sondern ein Verein, der bereits gegründet worden ist, sich dieser Aufgabe widmet. Der Verein führt die

Bezeichnung: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Das Museum wird die Aufgabe zu erfüllen haben, die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung der vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Zeitabschnitte darzustellen. Es werden auch einschlägige Vorträge und andere Veranstaltungen abgehalten werden. Das Museum wird eine grosse pädagogische Bedeutung besitzen. Die Abteilung, die sich auf die Wirtschaftsgeschichte bezieht, wird vor allem die Entwicklung der Produktion aufzeigen und den Weg vom Rohstoff zum fertigen Fabrikat darstellen. Im Zusammenhang mit dieser Darstellung soll auch eine Uebersicht über die Menge der Produkte, über die Zahl der Fabriken, der Arbeiter, über die Verknüpfung der Bankinstitute mit den Fabriken, über die Preise und Lohnbewegungen, wobei vor allem der Stadt Wien eine besondere Beachtung zuteil werden wird, geboten werden. Das Museum wird in drei Abteilungen gegliedert sein, von denen die erste die Arbeit und Organisation, die zweite Kultur und Leben und die dritte Siedlung und Städtebau, umfassen werden.

Vorläufig ist das Museum im Gebäude der Gartenbaugesellschaft am Parkring untergebracht. An der Gründung dieser Institution haben <sup>sich</sup> insbesondere Hofrat Leischnig und Professor Dr. Emil Reich werktätig beteiligt. Mit Rücksicht auf die ausserordentliche Bedeutung des Museums für die Volkserziehung und Volksbildung hat der Stadtsenat dem Verein für das Jahr 1925 eine Subvention von zwanzigtausend Schilling bewilligt. Im Falle der Auflösung des Vereines fällt das Museum mit seinem gesamten Bestand der Gemeinde Wien zu.

.....  
Neue Kurse an der Haushaltungsschule der Stadt Wien. Vom 1. April an, beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI, Brückengasse 3 folgende Kurse: Kochkurs für feinere Küche (täglich), Abendkochkurs (zweimal wöchentlich), Abendkurs für Kleidermachen (zweimal wöchentlich), Abendkurs für Weissenähen (zweimal wöchentlich), Servierkurs (einmal wöchentlich). Die Kurse dauern drei Monate. Prospekte sind beim Schulwart erhältlich. Einschreibungen an Samstagen von 10 bis 13 Uhr und an allen übrigen Wochentagen von 10 bis 15 Uhr.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 10. März. Zweite Ausgabe

Abendambulatorien für Geschlechtskranke. Für Unbemittelte und Angehörige der Krankenkassen sind in Wien folgende Abendambulatorien für Geschlechtskranke errichtet worden: Leopoldstadt, Grosse Mohrengasse 9, Wieden, Favoritenstrasse 40, Alsergrund, Alserstrasse 4, Favoriten, Viktor Adlerplatz 9, Meidling, Hufelandgasse 2, Rudolfsheim, Huglgasse 4, Ottakring, Montleartstrasse 37, Hernals, Haslingergasse 34, Brigittenau, Dresdnerstrasse 46. In diesen Ambulatorien werden jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag von sechs bis sieben Uhr abends erkrankte Männer und jeden Montag, Mittwoch und Freitag erkrankte Frauen ärztlich behandelt.

Entfallende Sprechstunde im Rathaus. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Richer.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte am Samstag amtsführender Stadtrat Speisser dem Ehepaar Ludwig und Charlotte Seidner, Ullmannstrasse 29, das Ehrengeschenk der Stadt Wien zur goldenen Hochzeit.

Auszeichnungen im städtischen Dienst. Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag des städtischen Personalreferenten amtsführenden Stadtrates Speisser beschlossen, dem Vorstand der Magistratsabteilung für Strassenwesen Oberstadtbaurat Ingenieur Leopold Kosetschek auszeichnungsweise den Titel Senatsrat und dem Stadtbaurat Ingenieur Adolf Stöckl den Titel Oberstadtbaurat zu verliehen.

Senatsrat Ingenieur Kosetschek trat im Jahre 1898 in den Gemeindedienst und leitet seit mehr als fünf Jahren mit bestem Erfolg die Magistratsabteilung für Strassenwesen. Diese Abteilung hat ungefähr hundert Angestellte, ihr Budget war im Jahre 1924 fast einhundertvierzig Milliarden Kronen. Ingenieur Kosetschek ist ein hervorragender Fachmann auf dem Gebiet des städtischen Strassenbaues und seiner zähen Tatkraft ist es vor allem zu verdanken, dass die Gemeinde Wien ihr grosses Strassenbauprogramm klaglos durchführen konnte.

Oberstadtbaurat Ingenieur Adolf Stöckl kam im Jahre 1907 zur Gemeinde und leitet gegenwärtig jene Gruppe, welche die Entwürfe für die Zweckbauten der Gemeinde Wien verfasst. Hierbei hat er sich sowohl technisch als organisatorisch vorzüglich bewährt. Von ihm stammen die Pläne für die Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien auf dem Alsergrund, die in kürzester Zeit eröffnet werden wird. Die Lösung dieser Aufgabe war deshalb ungemein schwierig, weil dafür nirgends ein Vorbild gefunden werden konnte. Ingenieur Stöckl hat diese Spezialaufgabe glänzend gelöst und mit seinem Entwurf eine hervorragende architektonische Leistung vollbracht.

Jahrbuch des Reichverbandes der Gemeindeangestellten Oesterreichs. Dem Beispiel der Gemeindeangestellten Deutschlands folgend, hat der Reichverband der Gemeindeangestellten Oesterreichs ein Werk begonnen, das allmählich ausgebaut ein wertvolles Hilfsmittel für die Oeffentlichkeit werden wird. Es ist soeben ein Jahrbuch für das Jahr 1925 erschienen, das neben dem Kalendarium, das Gemeindedienstrecht, die Besoldung der hauptberuflichen Gemeindeangestellten, die Geldentwertung, die Bundes-Länder- und Gemeindeverfassungen, das Bevölkerungswesen, Finanzwesen, die soziale Fürsorge, die Gesundheitsverwaltung, die Wohnungsfürsorge, die Bauverwaltung, das Schubwesen, das Gewerbeswesen und das Schulwesen behandelt. Das Jahrbuch umfasst 455 Seiten und zählt vieleleitende Beamte der Stadt Wien zu Mitarbeitern. Das Buch ist um drei Schillinge beim Reichverband der Gemeindeangestellten in Wien I. Rathausstrasse 9, erhältlich.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 11. März 1925

-----  
Grosse Bestellungen der städtischen Unternehmungen. Durch das grosse Wohnbauprogramm und die umfangreiche Investitionstätigkeit ist die Wiener Stadtverwaltung zur grössten Auftragsgeberin der heimischen Industrie geworden. Die Bestellungen werden immer mit der grössten Beschleunigung hinausgegeben, damit womöglich Arbeiter vor Entlassung bewahrt und Arbeitslose die ersehnte Beschäftigung erhalten. So werden auf den städtischen Wohnhausbauten allein ungefähr 6500 Arbeitslose beschäftigt und die Zahl der Arbeitslosen, die in den Werkstätten und Fabriken, die den vielfältigen Bedarf für die Inneneinrichtung der städtischen Bauten erzeugen, Aufnahme gefunden haben, lässt sich zahlenmässig gar nicht feststellen. Neben der Gemeindeverwaltung versuchen aber auch die städtischen Unternehmungen durch grosse Bestellungen der Industrie die notwendige Beschäftigung zu geben und damit vielen Tausenden Arbeit und Verdienst zu sichern. Dies zeigt wohl am deutlichsten die Tagesordnung der am Freitag stattfindenden Sitzung des Gemeinderates, die allein für 17,334.000 Schilling Bestellungen für die städtischen Unternehmungen enthält. Es sind fast alle grossen städtischen Unternehmungen vertreten. Die Elektrizitätswerke bestellen zum Ersatz von alten Dampfturbinen und Dampfkesseln für das Kraftwerk Simmering einen Hochdruckturbinenaggregat samt den dazugehörigen Kesseln um 7'5 Millionen Schilling, ferner wird beantragt, dass auf dem Währinger Gürtel und auf der Schmelz je ein Umspannwerk mit einem Kostenaufwand von 2'7 Millionen Schilling errichtet werden soll, der Ausbau der Gleichstromspeiseleitungsnetze für die Abgabe von Licht und Kraft und Herstellungen eines Teiles der in der Kriegszeit herausgenommenen Kabelleitungen erfordert 2,850.000 Schilling, die Errichtung von Transformatorstationen und neue Hausanschlüsse macht eine Ausgabe von 2'3 Millionen Schilling notwendig, der Umbau veralteter Schaltanlagen und die Verbesserung der öffentlichen elektrischen Beleuchtungsanlagen wird 200.000 Schilling erfordern, mit einem Kostenaufwand von 197.300 Schilling wird eine Kabelüberführung über die neue Brigittabrücke erfolgen und neue Hochspannungsanschlüsse im Ueberlandnetz sind mit einem Kostenbetrag von 70.000 Schilling vorgesehen. Die städtischen Gaswerke beantragen die Genehmigung eines Sachkredits von 400.000 Schilling für die Erweiterung der Gebläseanlage beim Gasbehälter Brigittenuau und eines Betrages von 330.000 Schilling für die Aufstellung einer Koksgasanlage im Werk Simmering. Die städtischen Strassenbahnen werden umfangreiche Erneuerungsarbeiten an den Oberleitungsanlagen vornehmen und beanspruchen hierfür 275.000 Schilling ferner für kleinere Zubauten in den Bahnhöfen und Streckengebäuden einen Sachkredit von 150.000 Schilling. Schliesslich verzeichnet das städtische Brauhaus einen Antrag über den Ankauf von Bierfässern um den Betrag von 240.000 Schilling und wird ausserdem für diese städtische Unternehmung der Ankauf von sechs Lastkraftwagen um den Betrag von 127.000 Schilling zur Genehmigung vorgelegt.

-----  
Die Schuldverschreibungen des alten ungarischen Staates. Das fünfzehnte Stück des Bundesgesetzblattes, das am 28. Februar ausgegeben worden ist, enthält unter Nummer 79 eine Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 24. Februar 1925. Nach dieser Verordnung sind Schuldverschreibungen der nichtversicherten Vorkriegsschuld des alten ungarischen Staates zur Ausweisung des österreichischen Besitzstandes an solchen Schuldverschreibungen binnen sechs Wochen zur amtlichen Verwahrung einzuliefern.

-----  
Bezirksjugendamt Floridsdorf. Das neue Bezirksjugendamt in Floridsdorf, Brünnerstrasse 29/31, ist unter der Nummer 10-1-58 telefonisch erreichbar.

Das Opponitzer Wasserkraftwerk

Feierliche Uebernahme durch den Bürgermeister

Das im Jahre 1921 begonnene Wasserkraftwerk in Opponitz ist nun vollständig vollendet. Bereits am 27. Dezember 1924 langte aus diesem Kraftwerk der erste Strom in Wien an. Die Wiener Stadtverwaltung hat dieses bedeutsame Ereignis durch die festliche Beleuchtung des Rathauses am Neujahrsabend gewürdigt. Heute vormittags übernahm Bürgermeister Seitz das grosse Werk in die Verwaltung der Gemeinde. Die Uebernahme erfolgte in der Floridsdorfer Schaltanlage des Wasserkraftwerkes und es hatte sich zu dieser Feier eine grosse Zahl von Gästen eingefunden. Erschienen waren Bundespräsident Dr. Hainisch, Vizekanzler Dr. Waber, die Kreisbürgermeister Emmerling und Boss, die amtierenden Stadträte Speiser, Breitner, Professor Tandler, Weber, Siegel, Kokrdá und Ribhter, Präsident des Wiener Stadtschulrates Nationalrat Glückel, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Landesrat Helmer für niederösterreichische Landesregierung, Generaldirektor der Bundesbahnen Dr. Günther, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, die Mitglieder des Verwaltungsrates und die leitenden Ingenieure der „Wag“, der Rektor der Wiener Technik, Professor Halter, fast alle Bezirksvorsteher, Gemeinderäte, viele Nationalräte und Bezirksräte.

Der Zugang zu dem schmucken Schalthaus war mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien beflaggt. Neben der Freiluft-Transformatorstation, der ersten in Mitteleuropa, war eine einfache Tribüne errichtet, von der namens der Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft deren Präsident Gemeinderat Professor Fränkel, die zahlreich Erschienen begrüsst, wobei er vor allem darauf verwies, dass dieses Werk nur in einem ungeheuren Kampf mit den Naturgewalten geschaffen werden konnte. Aber dieses Werk bedeute erst den Beginn. Zu Weihnachten 1925 wird bereits das Kienberg-Gaminger Wasserkraftwerk vollendet sein. Mit dem Strom aus dem Partensteiner Werk, der schon in kürzester Zeit nach Wien kommen wird, werden wir dann insgesamt 125 Millionen Kilowattstunden Kraft, gewonnen aus der weissen Kohle, haben. Das ist ein Viertel der Kraftbedarfes der Stadt Wien. Wir werden in der Durchführung des Planes, die Stadt Wien mit Wasserkraftstrom zu versorgen, nicht erlahmen. Möge der heutige Tag, auf den die Industrie, die Unternehmer und die Kaufleute, die nach Verbilligung der Produktion rufen, ebenso gewartet haben, wie die Arbeiter und die Arbeitslosen, die nach Arbeit rufen, der Beginn einer neuen Blüte unseres Wirtschaftslebens, einen neuen Epoche unserer Stadt, sein. Unter lebhaftem Beifall ersuchte dann Präsident Fränkel den Bürgermeister das Opponitzer Kraftwerk, die Fernleitung und die Freiluft-Transformatorstation in den Betrieb der Gemeinde zu übernehmen.

Bürgermeister Seitz, lebhaft begrüsst, erwiderte: Wir feiern ein Fest der Wissenschaft, der Technik und der Arbeit. Wenn der Gebirgsquellen und Flüsse stürzende Fluten nicht mehr verwüsten, sondern fröhlich gezähmt, sich in mächtigen Speichern sammeln, von wo aus die Urkraft verwandelt - in dünnen Drähten der Grosstadt zustrebt, Freude und Licht spendend, die Arbeit erleichternd und Heim und Strasse erhellend, wenn heute hund erttausende an dem festlich beleuchteten Rathaus vorüberziehen, das äussere Zeichen dieser grossen technischen Leistung bewundernd, dann wird jedem Auge der grosse Aufstieg offenbar, den Wien - noch vor fünf Jahren eine Stadt des Elends - bis heute genommen hat.

Da ist es meine Pflicht als Bürgermeister, vor allem meinem Vorgänger Reumann (Hochrufe) zu gedenken, der damals an der Spitze der Stadt stand, herzlich zu danken dem Finanzreferenten Stadtrat Breitner (Hochrufe), der mit weitaussehendem Blick zwar die ungeheuren Schwierigkeiten des Werkes erkannt, sie dann aber auch überwunden hat, und dem vom Gemeinderat bestellten Leiter des ganzen Werkes, Gemeinderat Professor Fränkel (Hochrufe), der mit nie rastendem Eifer seine ganze grosse Kraft in den Dienst der Sache gestellt hat. Wir gedenken mit

Dank und Anerkennung der wissenschaftlichen und technischen Leistung der Ingenieure, vor allem der Direktoren Bodenseher und Karel, der liefernden Firmen und der Männer der Arbeit, die Tag um Tag in den feuchten und kalten Stollen gearbeitet haben, um uns Licht und Kraft zu bringen und deren drei als Opfer ihres ausserordentlichen Eifers zu Märtyrern der Arbeit geworden sind, in unserem dankbaren Andenken aber fortleben werden. Wir sind stolz darauf Zeitgenossen der Männer zu sein, die durch ihr Werk Zeugnis ablegen von der Lebenskraft der Stadt Wien und ihrem kulturellen Aufschwung.

Es ist ein grosser Betrag, um den die Zahlungsbilanz der Republik erleichtert wird, indem wir die Kraft der Industrie aus heimischen Quellen beziehen und der sie so verbilligt, dass wir den Preis sofort und zwölfeinhalb Prozent herabsetzen konnten. Und doch ist dieses Werk nur ein glücklicher Anfang! Die Stadt Wien wird, auf dem eingeschlagenen Weg fortschreitend, den ganzen weitausgreifenden Plan der Kraftverwöngung womöglich unter Heranziehung heimischer Energiequellen durchführen. Hoffen wir, dass der heutige Festtag den Beginn einer neuen Blüte unseres Wirtschaftslebens bedeute. Ich übernehme hiemit das Wasserkraftwerk an der Ybbs und die grosse, drei Länder verbindende Kraftsamelschiene in den Betrieb der Gemeinde Wien. Mögen diese Werke Kraft, Licht und Wärme spenden, uns und unseren Kindern Kindern! (Starker Beifall)

Dann sprach Bundespräsident Hainisch unter lebhaftem Beifall: Ich danke Ihnen herzlich dafür, dass Sie mich zu dem heutigen Fest eingeladen haben. Es ist ein Freudenfest nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für Oesterreich, weil damit ein bedeutender Schritt gefeiert wird, der in der Richtung des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft getan wurde. Wie ich wiederholt hervorzuheben Gelegenheit hatte, ist diese Wiederaufbau nicht anders denkbar, als wenn all Produktionsmöglichkeiten, die unser Land bietet, zur Gänze ausgenützt werden. Ein solcher Festtag regt uns aber auch an, zurückzublichen. Und da erinnere ich mich deutlich der Elektrizitätsausstellung, die im Jahre 1883 in der Wiener Rotunde zu sehen war. Ich bin damals mit sonderbaren Gefühlen das erste Mal in meinem Leben, auf einer elektrischen Strassenbahn vom Praterstern zur Rotunde gefahren. Welche ungeheuren Fortschritte hat seither die Technik gemacht! In wie hohem Masse ist es uns gelungen, diese Fortschritte der Wissenschaft ins praktische Leben umzusetzen! Anlässlich der Eröffnung dieser Ausstellung in der Rotunde wurde ein Satz ausgesprochen, der damals viel bemerkt wurde, der Satz: Ein Meer von Licht strahlt aus dieser Stadt! Ich glaube dieser Satz hat heute mehr Berechtigung, als vor einem Menschenalter. Erst jetzt wird wirklich Wien eine moderne Beleuchtung erhalten. Sollte aber damals unter dem Wort „Licht“ der Einfluss gemeint gewesen sein, den die geistige Kultur Wiens auf die Umgebung ausübt, so glaube ich, im Sinne aller Anwesenden zu sprechen, dass wir alle unser Bestes dafür einsetzen werden, dass die Stadt Wien als Kulturzentrum unversehrt erhalten bleibe.

Die grossen Schwierigkeiten technischer, vor allem aber finanzieller Natur, die bei dem Bau dieses Werkes zu überwinden waren, sind mir vollkommen bekannt. Ich freue mich, dass es der unermüdeten Tatkraft gelungen ist, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden und schöpfe aus der Tatsache frohe Zuversicht.

Ich danke dem Herrn Präsidenten Fränkel und dem Herrn Bürgermeister, vor allem dafür, dass auch sie, die gleiche Zuversicht besitzen, wie ich, sofern sie von einem ersten Schritt gesprochen haben. Ich wünsche lebhaft, dass dieser erste Schritt so gelungen sein wird, dass im bald weitere folgen werden, zum Vorteile der Wiener Bevölkerung und zum Heile des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall)

Es wurde nun unter Führung des Direktors der „Wag“, Ingenieurs Bodenseher die Anlage besichtigt. Es ist eine Freiluftanlage, wie Ähnliche bereits seit einiger Zeit in Amerika bestehen. In dieser Anlage wird der Strom von hunderttausend Volt Spannung auf 28.000 Volt herabgesetzt und dann in das Hauptkabelnetz der städtischen Elektrizitätswerke übergeleitet.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 12. März 1925

.....  
Elektrische Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat am Mittwoch auf Antrag des Gemeinderates Ferenz abermals die Einführung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung in einer Reihe von Strassen beschlossen. Es werden die Ziegelofengasse, die Leibenfrostgasse, die Lambrechtgasse, die Johann Straussgasse und die Rainergasse mit einem Kostenaufwand von 17.000 Schilling elektrisch beleuchtet. Das Stadtbauamt wurde ermächtigt die hiezu erforderlichen baulichen Nebenarbeiten im kurzen Wege zu vergeben, damit die neue Beleuchtung rasch wirksam wird.

.....  
Der Wiener Leuchtbrunnen. Bekanntlich ist nach fast zehnjähriger Pause im vergangenen Jahr der Wiener Leuchtbrunnen einigemal wieder in Betrieb gesetzt worden. Mit Rücksicht auf den allgemeinen Beifall, den die schönen Leuchteffekte bei der Bevölkerung gefunden haben, wurde am Mittwoch im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, dass im Jahre 1925 in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober an dreissig Abenden der Leuchtbrunnen in Betrieb gesetzt werden soll. An welchen Tagen dies geschehen soll, wird noch mitgeteilt werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, die technische Einrichtung des Leuchtbrunnens wieder instandzusetzen und die Kosten von 10.200 Schilling bewilligt.

.....  
Beitritt der Gemeinde zum Wasserwirtschaftsverband. Dem Wiener Magistrat obliegen nach der Geschäftseinteilung die Mitwirkung beim Entwurf und der Baudurchführung städtischen Wasserkraftanlagen und die Wasserrechtsangelegenheiten. Im Wasserwirtschaftsverband der Österreichischen Industrie gelangen nun vielfach Fragen zur Erörterung, die für diesen Verwaltungszweig der Gemeinde von besonderem Interesse sind. Nach einem Referat des Oberstadtbaurates Ingenieurs Schönbrunner hat nun der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten den Beitritt der Gemeinde Wien zu diesem Verband beschlossen.

.....  
Zwei neue städtische Wohnhausbauten. Auf Antrag des städtischen Baureferenten amtsführenden Stadtrates Siegel hat der technische Ausschuss des Gemeinderates beschlossen, in Währing (Schopenhauerstrasse) einen Wohnhausbau aufzuführen und gleichzeitig die Bauentwürfe des Architekten Dr. Hans Pfann genehmigt. Der Bauplatz ist 391 Quadratmeter gross; davon werden 235 Quadratmeter verbaut. Das Gebäude wird vier Wohnungen mit Vorraum, Zimmer und Küche, drei Wohnungen mit Vorraum, zwei Zimmer, Kabinett und Küche, acht Wohnungen mit Vorraum, zwei Zimmer und Küche und ein Einzelzimmer umfassen. Die Baukosten werden auf 276.000 Schilling geschätzt. Ferner genehmigte der Ausschuss den Entwurf der Architekten H. Glaser und K. Scheffel für den weiteren Ausbau der Wohnhausanlage in Floridsdorf (Brünnerstrasse-Pitkagasse). Nach diesem Entwurf werden 1840 Quadratmeter verbaut. Die sechs Objekte werden dreissig Wohnungen mit Zimmer, Kabinett, Küche und Vorzimmer, fünfundsiebzig Wohnungen mit Zimmer, Küche und Vorzimmer und sieben ledigen Wohnungen enthalten. Für die Kinder wird ein eigener Aufenthaltsraum geschaffen werden und die Anlage wird auch zentrale Wäscherei erhalten. Schliesslich werden auch Werkstätten und Geschäftslokale errichtet. Die Ausführung der Wohnungen ist die nun in allen Neubauten der Gemeinde übliche. Alle Wohnungen sind mit Parkettboden versehen. Das Klosett ist im Wohnungsverschluss. Gas und elektrisches Licht wird in alle Wohnungen geleitet. Die Kosten dieser neuen Floridsdorfer Wohnhausanlage werden auf rund 1'7 Millionen Schilling veranschlagt und aus den Eingängen der Wohnbausteuer bedeckt.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 13. März 1925

### Ueberleitung der Wiener Mittelschulen in die Schulgemeindeverfassung.

Der Wiener Stadtschulrat hat bekanntlich die Zusammenfassung der Vertreter der an den Wiener Mittelschulen bestehenden Schulgemeinden zu gemeinsamen Beratungen in Aussicht genommen. Die erste dieser Beratungen hat am Mittwoch im Festsaal des Stadtschulratsgebäudes unter grosser Beteiligung stattgefunden. Nach einer einleitenden Ansprache des Präsidenten des Stadtschulrats Nationalrates Glöckel, in der er insbesondere den Gedanken ausführte, dass das Mass der Rechte, die den Schülern zugebilligt werden könnten, abhängig sei von dem Grad, den ihr Verantwortlichkeitsgefühl jeweils erreicht habe, erstatteten zunächst die Schülervertreter der bestehenden Schulgemeinden ganz kurze, schlagwortartige Tätigkeitsberichte. Obwohl aus Zeitmangel diesmal nur dreiundzwanzig von den schon bestehenden achtundfünfzig Schulgemeinden zu Worte kommen konnten, war der Eindruck von dem Ernst, dem Umfang und der Vielfältigkeit der Arbeit, die hier von Lehrern und Schülern in freiwilligem Einvernehmen geleistet wird, ausserordentlich stark. Es wurde dann der Arbeitsplan für die nächste Zeit festgesetzt und zur Erledigung der nächsten Aufgaben drei Ausschüsse eingesetzt, die sich vor allem mit den Berichten, dem Disziplinarverfahren und der Heranbildung des Nachwuchses zu beschäftigen haben werden.

Die Veranstaltung, an der neben Lehrern und Schülern, der Zentralverband der Elternvereinigungen an den Mittelschulen sowie die Verbände der Mittelschullehrerinnen vertreten waren, verlief durchaus harmonisch ohne jeden Misston. Die anwesenden Lehrer und Lehrerinnen konnten von der sachlichen, einfachen und doch gewandten Art, mit der die Jugend in dieser ungewohnten Situation auftrat, voll und ganz befriedigt sein.

Abendambulatorien für Geschlechtskranke. Für Unbemittelte und Angehörige der Krankenkassen sind in Wien folgende Abendambulatorien für Geschlechtskranke errichtet worden: Leopoldstadt, Grosse Mohrengasse 9, Wieden, Favoritenstrasse 40, Alsergrund, Alserstrasse 4, Favoriten, Viktor Adlerplatz 9, Meidling, Hufelandgasse 2, Rudolfsheim, Huglgasse 4, Ottakring, Montmartstrasse 37, Hernals, Haslingergasse 34, Brigittenau, Dresdnerstrasse 46. In diesen Ambulatorien werden jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag von sechs bis sieben Uhr abends erkrankte Männer und jeden Montag, Mittwoch und Freitag erkrankte Frauen ärztlich behandelt.

2

wird unser Wirtschaftsleben unmittelbar geschwächt und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wiener Industrie dadurch geradezu in Frage gestellt. Eine Folgewirkung ist das Wachstum der Arbeitslosigkeit gerade in Wien. Redner tritt für die Aufnahme einer grossen Wohnbauleihe ein, die im Auslande leicht placiert werden könnte, weil die Gemeinde Wien als seriöser Kreditaucher gilt und unschwer ausländische Kredite erhalten würde. Sie könnte dem ausländischen Kapital mit der Wohnbauleihe leicht die entsprechenden Sicherheiten bieten. Redner schliesst: So sehr wir daher die Investitionstätigkeit der Elektrizitätswerke begrüssen und sogar wir geneigt sind, für die uns als dringend bezeichnende Anträge der Direktion stimmen, können wir für die Bedeckungsart wie sie hier vorgeschlagen wird nicht unser Votum abgeben. Ich beantrage daher die Abstimmung über den Antrag getrennt vorzunehmen.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt in seinem Schlusswort: Ich muss mit aller Deutlichkeit feststellen, dass es sich hier um die Anschaffung eines neuen grossen Dampfturbinenaggregates handelt, dass weitaus leistungsfähiger sein wird, als die im Betriebe befindlichen, ausserdem besteht es sich aber auch um die Auswechslung alter Maschinen, die 15 bis 22 Jahre in Verwendung stehen. In der Vorkriegszeit bestand die Möglichkeit für Neuanschaffungen und Auswechslungen in ganz anderer Masse als heute. Bei Betrachtung der Bilanz des Jahres 1913 zeigte sich, dass damals 88 Milliarden Rücklagen gemacht wurden und aus ihnen deckte man im Laufe der nächsten Jahre die Kosten der Neuanschaffungen. Weitere 12 Milliarden Einnahmen aus Betriebsmitteln bildeten eine weitere Reserve, ausserdem wurde ein Überschuss von 140 Milliarden ausgewiesen und an die allgemeinen Gelder abgegeben. Sie hatten ferner noch im Jahre 1913 eine Abschreibungsreserve aufgespeichert in der Höhe von 34 Millionen Goldkronen, dass sind 476 Milliarden Papierkronen, das alles steht und heute nicht zu Gebote. Hätten wir solche Einnahmen zur Verfügung, dann können wir Neuanschaffungen naturgemäss aus diesen Reserven machen. Weil wir sie aber nicht haben, müssen wir die Betriebsmittel heranziehen. Unsere Meinung ist, dass eine Anlage, die sich selbst bezahlt macht nicht auf Anleihegeldern beschafft werden darf. Wir tun daher recht, wenn diese Art der Bedeckung vorschlagen und sie können nicht behaupten, dass wir den Strompreis ungebührlich hoch belasten. Gemeinderat Kunschak hat uns auf den Weg der Anleihe verwiesen. Dieser Rat wurde uns schon des Öfteren gegeben, schon in der Zeit der Geldentwertung. Wir haben es abgelehnt, weil die Ausgaben nur Verbesserungen der Anlagen bezwecken. Aus diesem Grunde ersuche ich, für den Antrag zu stimmen.

Bei der Abstimmung wird der erste Teil des Antrages auf Anschaffung eines Hochdruckturbinenaggregates einstimmig, der zweite Teil bezüglich der Bedeckung mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Emmerling beantragt Sachkredite für den Ausbau der Leitungsnetze der Elektrizitätswerke, der drängend notwendig geworden sei. Wie im Dezember 1924 ein Maximum erreicht worden ist, so ist auch für den Winter 1925 ein ähnliches zu erwarten, dem das Kabelnetz im gegenwärtigen Zustande nicht gewachsen sei. Auch für den Ausbau der Stadtbahn werden grössere Anforderungen erwartet. Der Antrag sieht die Errichtung je eines Umspannwerkes auf dem Währingergürtel und auf der Schmelz für 28.000 beziehungsweise 5.000 Volt mit einem Kostenerfordernis von 2.700.000 Schilling vor. Für Strassenbahnzwecke ist der Ausbau der Gleichstromsteige-

leitungsnetze sowie für die Abgabe von Licht und Kraft, ferner des 5.000 Volt Drehstromnetzes sowie die Verlegung einer 28.000 Volt Doppelleitung vom Umspannwerk „Nord“ bis zum Umspannwerk „Schmelz“ dringend notwendig geworden. Diese Herstellungen sind als Ersatz eines Teiles, der in Kriegszeit herausgenommenen Kabelleitungen erforderlich. Die Gesamtkosten betragen 2.850.000 Schilling. Ausserdem sind notwendig geworden neue Transformatorenstationen und Hausanschlüsse im Gesamterfordernisse von 2.300.000 Schilling, welcher Betrag dem Grossteile durch Kostenbeiträge der Stromabnehmer hereingebracht werden. Die öffentlichen elektrischen Beleuchtungsanlagen werden instand gesetzt und verbessert und der Umbau veralteter Schalt- und Transformatorenanlage im Betrage von 200.000 Schilling angesetzt. Die Kabelüberführungen über die neue Brigittabrücke sind mit einem Kostenaufwand von 197.300 Schilling herzustellen. Endlich noch Hochspannungsanschlüsse und Transformatorenanlagen im Ueberlandnetz mit einem Betrage von 70.000 Schilling. Referent verweist auf die dringende Notwendigkeit der Ausgestaltungen, damit in der Stromführung keinerlei Störungen eintreten.

G.R. Binder (chr. soz.) bemängelt, dass vier Strassen im Bezirke Landstrasse noch immer nicht mit elektrischem Licht ausgestattet worden sind, obwohl mit einer gewissen Reklame für den Tag der Eröffnung des Opponitzer Kraftwerkes dies zugesagt worden war. Trotz aller Urgezen sind noch immer die Fasungasse, Ungargasse, die Sechskrügelgasse und die Basumofekygasse nicht fertig installiert. Seit vier einhalb Monaten arbeite man bereits daran. Redner bittet den Referenten um Angabe des Grundes.

Im Schlusswort verweist der Referent darauf, dass an 18 Strassen gleichzeitig gearbeitet wird und man Rücksicht auf die Spannungsverhältnisse nehmen müsse. Er wird sich darüber informieren lassen und dem Gemeinderat davon Mitteilung machen.

Stdt. R. Breitner beantragt, den Bericht des Magistrates über die Richtigstellung der Darstellung von Bilanz und Bedeckung im Budget für das Jahr 1925 betrifft, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Das Bild wirke irreführend. Eine andere Darstellung sei erforderlich. Durch Anmerkungen und Uberschiebung in die Vorarbeiten werde das Bild klarer und richtiger als bisher. Referent bittet um die Annahme des Antrages.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) stellt fest, dass der Teilbestand nicht richtig wiedergegeben worden sei. Vielmehr habe die Buchhaltung erklärt, buchhalterisch den Gemeinderatsbeschlüssen überhaupt nicht durchzuführen zu können. Ihr sei es gelungen, was der Opposition nicht möglich war: Breitner 400 Milliarden abzuhandeln. Die AI erreichten ein Defizit von 900 Milliarden die damals durch die Presse gingen, sind dahin zu korrigieren. Redner begrüsst diese Richtigstellung mit vollen Genugtuung. Redner bemängelt den hohen Satz von fünfzehn Prozent, den die Zentralparkasse anlässlich der Anleihe für Hausreparaturen verlangt.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 14. März 1925

-----  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag eine Sitzung ab. Der Wiener Gemeinderat versammelt sich am Freitag um fünf Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung.

-----  
Koch- und Haushaltungskurse der Stadt Wien. Vom 1. April an, beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI. Brückengasse 3, neue dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Abendkochkurs (zweimal wöchentlich), ein Abendkurs für Kleidermachen (zweimal wöchentlich), ein Abendkurs für Weissnähen (zweimal wöchentlich), ein Servierkurs (einmal wöchentlich) und ein ~~Wochen~~kurs für feinere Küche (täglich). Prospekte sind beim Schulwart erhältlich. Einschreibungen an Samstagen von zehn bis dreizehn Uhr und an den übrigen Wochentagen von zehn bis fünfzehn Uhr.

-----  
Ausbau der Leichenhalle in Aspern. Die auf dem Friedhof in Aspern vorhandene Leichenhalle hat sich als zu klein erwiesen, weshalb der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtsangelegenheiten beschlossen hat, einen Zubau durchführen zu lassen. Dadurch wird auch eine grosse Aufbahnhalle geschaffen werden. Die Kosten dürften sich auf ungefähr zwanzigtausend Schilling belaufen. Da die Verbauung des südlichen Teiles Floridsdorfs fortschreitet, wird übrigens auch der Friedhof in Aspern beträchtlich erweitert werden müssen, worauf bereits bei dem Zubau zur bestehenden Leichenhalle Rücksicht genommen wurde.

-----  
Ein Ehrenpreis der Stadt Wien für den Maler Girardi. Der Wiener Gemeinderat hat für die Jahresausstellung des Oesterreichischen Künstlerbundes einen Ehrenpreis von zweihundert Schilling bewilligt. Heute vormittag <sup>wurde</sup> in der Ausstellungshalle der Ehrenpreis der Stadt Wien von der Jury dem akademischen Maler Ludwig Girardi zuerkannt.

-----  
Kunstpreise der Stadt Wien. Die von der Stadt Wien gewidmeten Preise für die besten Leistungen auf dem Gebiet der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst werden auf Grund der Gutachten eines aus je drei Mitgliedern für jedes Kunstgebiet bestehenden Preisrichterkollegiums am 1. Mai zuerkannt werden. Bürgermeister Seitz hat heute als Preisrichter für Dichtkunst Direktor Josef Jarno, Emil Lucka und Dr. Emil Reich, für Musik Direktor Franz Schalk, Direktor Dr. Fritz Stiedry und Professor Dr. Max Graf und für bildende Kunst Professor Ferdinand Schmutzer, Professor Anton Hanak und Architekt Robert Oerley berufen. Das Kollegium und der Stadtsenat werden ihre Beschlüsse derart rechtzeitig fassen, dass die Preise am 1. Mai 1925 verteilt werden können.

-----  
Wohltätigkeitsvorstellung im Raimundtheater. Das mit der Durchführung einer Sammlung für die Armen des Bezirkes Mariahilf betraute Komitee veranstaltet am Sonntag, den 22. März um drei Uhr nachmittags im Raimundtheater eine Wohltätigkeitsvorstellung. Aufgeführt wird „Im weissen Rüssel“ unter Mitwirkung der Frau Hansi Niese-Jarno und des Männergesangsvereines Arminas. Karten sind in der Bezirksvertretung erhältlich.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 13. März 1925. Zweite Ausgabe

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 13. März 1925

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung und teilt mit, dass Frau Leopoldine Fischer ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat. Es leistet hierauf das an Stelle der Gemeinderätin Fischer einberufene <sup>neue</sup> Mitglied des Gemeinderates Berthold Fuchs (soc. dem) die Angelobung.

Ohne Wortmeldung werden die Entwürfe für Wohnhausbauten in Favoriten und Hietzing mit einem Kostenaufwand von 7,340.000 Schilling genehmigt. Ferner werden dem Albrecht Dürerbund und dem Österreichischen Künstlerbund für Ausstellungen Ehrenpreise bewilligt. Dem Verein Gesellschaft- und Wirtschaftsmuseum wird eine Subvention von 20.000 Schilling für das Jahr 1925 gewährt. Für das Brauhaus der Stadt Wien wird die Anschaffung von sechs Lastkraftwagen und zwei Flaschenbierwagen zum Preise von 127.000 Schilling und der Ankauf von Bierfässern um 240.000 Schilling genehmigt. Zugestimmt wird auch dem Gesellschaftsvertrag der Grundpachtung Joslowitz und der Prolongierung der Haftung der Gemeinde Wien für einen Betriebskredit für eine Million Schilling der Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft. Für die im Herbst 1924 vorgenommenen Pflasterungen werden Mehrerfordernisse von zusammen 80.200 Schilling bewilligt. Ebenfalls ohne Wortmeldung wird für die Erweiterung der Gäßchenanlage beim Gasbehälter Brigittenau ein Sachkredit von 400.000 Schilling, für die Aufstellung einer Koksgasanlage im Gaswerk Simmering ein Sachkredit von 330.000 Schilling, für die Erneuerung der Oberleitungsanlagen der Strassenbahnen für das Jahr 1925 ein Sachkredit von 275.000 Schilling, für kleinere Zubauten in den Bahnhöfen und Streckengebäuden der Strassenbahnen für das Jahr 1925 ein Sachkredit von 150.000 Schilling und als Beitragsleistung der Strassenbahn zum Umbau der Brigittabrücke ein Sachkredit von 1,075.000 Schilling genehmigt. Das Projekt zur Erweiterung der Umwandlung des Währinger Ortschaftfriedhofs in eine Gartenanlage, ein Zuschusskredit von 290.000 Schilling für die Deckung der Kosten anlässlich der Aufhebung der Portofreiheit, einige Baulinienbestimmungen und Grundankäufe werden gleichfalls ohne Debatte bewilligt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt den Ankauf eines Hochdruckturbinenaggregates für das Kraftwerk Simmering der städtischen Elektrizitätswerke. Diese Anlage wird bei einer Jahreserzeugung von achtzig Millionen Kilowattstunden jährlich ungefähr eine Kohlenersparnis von zwei Millionen Schilling herbeiführen. Die Anlage wird eine Ausgabe von 7.5 Millionen Schilling erfordern, davon entfallen 3.5 Millionen auf die Turbinen und Kessel, 1.1 Millionen auf die Generatoren und 1.5 Millionen auf die Abtragung der alten Dampfkessel und Dampfturbinen und die Herstellung der Fundamente, eine Millionen Schilling auf die Montage, Zoll, Fracht und Verpackung, und 400.000 Schillinge auf verschiedene andere Ausgaben. Die Aufstellung dieser Anlage ist unbedingt notwendig, da die städtischen Elektrizitätswerke nur ungefähr sechs Prozent Stromvorrat aufweisen und bei einer besseren Beschäftigung der Industrie die Nachfrage nach elektrischem Strom bedeutend stärker sein wird.

G.R. Kunschak (chr. soz.) erklärt, dass es gewiss erfreulich sei, wenn die städtischen Elektrizitätswerke fortgesetzt erweitert werden und wenn diese Erweiterungen nicht der Versuch einer künstlichen Führung sind, sondern eine Notwendigkeit darstellen. Weniger erfreulich ist aber, dass diese Erweiterungen auf Betriebsmittel durchgeführt werden. Die Einwendungen der Minderheit, die dagegen ständig erhoben worden sind, wurden die längste Zeit immer damit abgetan, dass erklärt wurde, es sei diese Art der Investitionspolitik nur ein Zeichen einer klugen Verwaltung. Erst vor kurzer Zeit haben sich sowohl der Finanzreferent als auch der Bürgermeister dafür ausgesprochen, dass es besser wäre solche Investitionen, durch Anleihen zu bedecken. Wir sehen darin freilich nur die theoretische Anerkennung unserer bisher eingenommenen Standpunktes. Was wir aber wollen, ist nicht ein Komplement an unsere Adresse, sondern die praktische Tat. Gedient ist der Bevölkerung nur dann, wenn man sich entschliesst mit dieser Belastung der Betriebsmittel durch solche gewaltige Investitionen ein Ende zu machen. Das städtische Elektrizitätswerk hat in diesem Jahr allein 77.6 Milliarden Kronen, einschliesslich der heutigen Vorlage, Investitions-Auslagen zu verzeichnen. Das sind rund zwölf Prozent der im Voranschlag dieses Werkes vorgesehen Einnahmen. Daraus ergibt sich, dass die Elektrizitätswerke sicherlich eine neun- bis zehnprozentige Herabsetzung des Strompreises durchführen könnten. Man wird mir antworten, dass die Strompreise ohnedies nicht valorisiert sind. Diese Antwort beweist aber nur, dass man die Entwicklung auf dem Gebiet des Elektrizitätswesens nicht verfehlen will. Durch technische Verbesserungen ist die Erzeugung des elektrischen Stromes gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend verbilligt worden. Es ist kein Geheimnis und in Fachkreisen oft davon gesprochen worden, dass sich einzelne Industrien den Strom in eigener Regie billiger herstellen können als ihn die Elektrizitätswerke liefern. Die Fortschritte in der Elektrizitätsindustrie hat uns dem Zeitpunkt nahe gebracht in dem die Frage entsteht, ob die Erzeugung elektrischer Energie in grossen Zentren noch rentabel ist. Die Elektrizitätswerke müssten diesen Verhältnissen Rechnung tragen und in bestimmten Fällen Rabatt gewähren um den Konsumenten als Kunde zu erhalten. Die Tarifpolitik der städtischen Elektrizitätswerke ist im Lichte dieser Tatsachen gesehen eine Blutsackerei kapitalistischer Art. Gemessen an den Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens, die sich insbesondere daraus ergeben, dass die österreichische Industrie unter dem starken Druck ausländischer Konkurrenz steht, muss man sagen, dass eine so ungerechtfertigte Belastung mit den jetzt geltenden Strompreisen volkswirtschaftlich geradezu verderblich wird. Wir begrüßen es dass die Elektrizitätswerke einen so grossen Investitionsbedarf haben und dass sie sich bemühen mit dem technischen Fortschritt immer auf gleichem Fuss zu bleiben. Wir bemängeln aber, dass die Investitionen aus den laufenden Betriebseinnahmen gedeckt werden, anstatt aus einer Investitionsanleihe. Bei Verfolgung dieser Methode könnten die Elektrizitätswerke die Tarife bedeutend ermässigen und das käme der Volkswirtschaft sehr zum Nutzen. Leider wird in allen städtischen Betrieben die gleiche Investitions- und Finanzpolitik betrieben die daraus hinausläuft, Investitionen auf die laufenden Betriebseinnahmen zu verweisen, dadurch werden die von der Bevölkerung zu zahlenden Tarife sehr belastet. Redner verweist auf das Wohnbauprogramm für das Jahr 1925 nach welchem 600 Milliarden für Wohnhausbauten veranschlagt sind, die aus den Mitteln der Wohnhaussteuer bestritten werden sollen. Rechnet man den Aufwand für die anderen Investitionen hinzu, so kommt man auf die Summe von einer Billion, die aus laufenden Einnahmen bestritten werden muss und die das Budget eines einzigen Jahre belastet. Um diese eine Billion

Die Herabsetzung des Zinsfusses bei der Zentralsparkasse der Gemeinde muss anerkannt werden. Dadurch sind gar keine Einlagen abgehoben worden, es wächst sogar der Einlagenstand, weil die Einleger gar nicht begreifen konnten, dass man ihnen einen so hohen Zinsfuss gewährt. Das muss anerkannt werden und es wäre zu hoffen, dass auch die anderen Sparkassen diesem Beispiel folgen. Wenn aber hier der Zinsfuss ermässigt wird, dann muss auch Stadtrat Breitner mit seinem Zinsfuss heruntergehen. Er dotiert auch die städtischen Unternehmungen und dort werden überall noch fünfzehn bis sechzehn Prozent Zinsen verrechnet. Auch der Zinsfuss für die Kredite, die zur Reparatur von Kleinwohnungshäusern dienen, muss herabgesetzt werden. Das kommt doch nur den Mietern zugute, deren Interessen Sie doch vertreten wollen. Schliesslich muss noch gesagt werden, dass das Gesetz über die Fürsorgeabgabe dringend reformbedürftig ist. Es muss nur auf zwei Entscheidungen hingewiesen werden. Es hat niemand bei der Annahme des Gesetzes daran gedacht, dass irgend ein Betrieb von dieser Abgabe befreit werden könnte. Dann ist es aber den Konsumvereinen gelungen, eine Entscheidung der gemeinderätlichen Beschwerdekommision herbeizuführen, durch die alle Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe ausgenommen worden sind. Der Magistrat hat die ganzen Jahre hindurch die Stückmeister von der Fürsorgeabgabe ausgenommen, weil er dem Standpunkt eingenommen hat, dass diese Leute, die einen eigenen Gewerbeschein haben, eben selbstständige Unternehmer sind. Jetzt ist dieser Standpunkt des Magistrats wieder geändert worden und den Stückmeistern wird die Fürsorgeabgabe vorgeschrieben. Gegenwärtig läuft darüber eine Beschwerde bei dem Verwaltungsgerichtshof. Wenn sich bei einem Gesetz solche Mängel ergeben, dann darf man sich nicht damit begnügen, auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zu warten, sondern muss dieses Gesetz novellieren. Man muss sich darüber klar werden, ob es begünstigte Betriebe gibt, dann dürfen nicht nur die Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe befreit werden, sondern auch andere Unternehmungen, die ebenso bedürftig sind.

Stadtrat Breitner erwiedert, dass hier eine Frage berührt werden muss, die die Frage unserer Industrie und unseres Gewerbes ist. Es ist vollkommen falsch, wenn man, wie hypnotisiert nach Amerika starrt um von dort billige Kredite zu erhalten. Da werde man nichts als Enttäuschung erleben. An und für sich kann einem Land nicht durch ausländische Kredite geholfen werden, sondern es muss sich vor allem selbst helfen. Wenn wir bei uns Verhältnisse haben, dass man sagen muss, die Unternehmungen müssen an dem hohen Zinsfuss für Leihgeld zugrundegehen, dann ist es einfach irrig anzunehmen, dass das Ausland uns Geld geben wird. Es ist auch völlig falsch zu glauben, dass die sozialen Lasten und die Steuern an der teuren Produktion schuld sind. Die sozialen Lasten

und auch die Steuern sind gewiss nicht höher, als anderswo. Man muss nur die englischen Steuergesetze kennen, dann würde man wohl anders reden. Aber was ganz unnatürlich ist, dass nämlich unsere Industrie und unser Gewerbe für ihr Leihgeld achzehn bis zwanzig Prozent Zinsen zahlen müssen, während die englische und amerikanische Industrie nur vier bis sechs Prozent zu zahlen hat. Der Kern alles Übels ist also beim Leihzins zu suchen, aber keineswegs bei den sozialen Lasten und Steuern. Es gibt heute noch Sparkassen, die unter Aufsicht des Ministeriums zwanzig Prozent für Einlagen zahlen und man kann sich vorstellen, was sie dann für Leihgeld für einen Zinsfuss begehren müssen. Die Einleger mussten auch die traurigsten Erfahrungen bei einer Reihe von solchen Instituten machen. Sie erhielten weder Zinsen noch ihr Kapital und wenn heute die Zentralsparkasse der Gemeinde eine so starke Anziehungs-

kraft ausübt, so muss gesagt werden, dass dies auf die so viel bekämpfte Steuer- und Tarifpolitik der Gemeindeverwaltung zurückzuführen ist, die den Stadthaushalt in Ordnung gebracht hat. Erst diese wirtschaftliche Ordnung hat die Garantie der Gemeinde für die Zentralsparkasse zu einer ernstesten Vertrauenssache gemacht. Es ist zu hoffen, dass das gute Beispiel der Zentralsparkasse nachgeahmt wird, denn auch die gegenwärtigen Zinssätze sind noch ruinös und wir müssen trachten wieder zu normalen Verhältnissen zu kommen. Es können freilich nicht die selben Verhältnisse wie sie vor dem Krieg bestanden haben, sein, aber es muss immerhin ein Zinsfuss kommen, der sich nicht wesentlich von jenem Zinssätzen unterscheidet, die in den Ländern gelten, mit denen wir den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf führen müssen. Es ist selbstverständlich, dass auch die Zinsen für die Kredite für Hausreparaturen herabgesetzt werden, sobald die Zentralsparkasse den offiziellen Beschluss über die Ermässigung der Zinssätze gefasst haben wird. Wir werden uns hier natürlich anpassen. Was den Zinsfuss für die Gelder anlangt, die von der Gemeinde ihren eigenen Unternehmungen geborgt werden, so muss da genau unterschieden werden, da jede Ermässigung auf Kosten der Steuerträger gehen würde. Auch müssen die städtischen Unternehmungen kaufmännisch geführt werden und jede Begünstigung, die andere Betriebe nicht geniessen, würde das Bild verschieben. Wir wollen aber auch hier ein klares Bild haben. Wenn wir da drei Prozent über die Bankrate anrechnen, so ist ohnedies bereits eine Begünstigung festzustellen, die anderen Betrieben kaum zugutekommt. Es wäre wohl sehr wünschenswert wenn die Bankrate herabgesetzt werden würde, doch liegt das nicht in der Macht der Gemeinde. Die Fürsorgeabgabe war eine Neuerung und daher kann sicher an der Textierung manches ausgesetzt werden. Bei den Konsumvereinen handelt es sich sicherlich nicht um Erwerbsunternehmungen, weil jeder Gewinn den Mitgliedern zugutekommt, sie müssen also ähnlich wie Vereine behandelt werden. Daher wurden sie von der Zahlung der Fürsorgeabgabe befreit. Bei den Stückmeistern hat der Magistrat lange Zeit hindurch wegen des eigenen Gewerbescheines keine Fürsorgeabgabe eingehoben. Nun hat aber die Zahl der Personen, die sich nur zu dem Zweck Gewerbescheine lösten, um der Fürsorgeabgabe zu entgehen, gewaltig zugenommen und es sind dies meist Stückmeister, denen die Rolle eines Werkführers zukommt. Der Magistrat ist aber auch da den einfachen, geraden Weg gegangen. Er hat den Stückmeistern wohl die Abgabe vorgeschrieben, gewährt aber Stundungen und wartet die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ab. Wenn eine Novellierung des Fürsorgeabgabegesetzes als notwendig empfunden werden sollte, werde sich niemand widersetzen, eine solche vorzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

Str. Richter beantragt zu den Herstellungskosten für das Amtsblatt der Stadt Wien pro 1924 einen Zuschusskredit von 8000 Schillingen zu bewilligen und erklärt, dass dieser Zuschusskredit durch die Mehreinnahmen die sich aus der grösseren Anzahl der Inserate ergeben, genügend gedeckt erscheint. Es werde sogar ein kleiner Ueberschuss resultieren, doch müsse die Bedeckung verfassungsmässig angesprochen werden.

G.R. Doppler (chr. soz.) verweist auf seine in der Budgetdebatte vorgebrachten Beschwerden über die Führung des Amtsblattes und erklärt, dass trotz der Versprechungen des amtsführenden Stadtrates keine Verbesserung eingetreten sei. Noch immer werden die Veröffent-

#### V I E R T E R   B O G E N

lichungen der Sitzungsberichte der einzelnen Ausschüsse sehr verspätet vorgenommen, oft erst nach fünf bis sechs Wochen und aus den Publikationen könne man sich kein klares Bild über das Wesen der Beschlüsse machen. In den Protokollen der Bezirksvertretungen wie sie im Amtsblatt veröffentlicht werden, finde sich überhaupt kein Mensch zurecht. Sie seien mangelhaft und nachlässig. Redner fordert neuerlich die Drucklegung des stenographischen Gemeinderatsprotokolles. Seinerzeit wurde aus Ersparungsrücksichten beschlossen, diese Veröffentlichung einzustellen, heute bestehen aber diese Gründe nicht mehr und wann sich die Mehrheit weigere den alten Zustand wieder herzustellen, so seien für diese Weigerung augenscheinlich nur rein politische Gründe massgebend. Es müsse auch die Publikation der Listen über jene Personen begehrt werden, denen das Heimatsrecht verliehen wurde. Redner bezweifelt, dass das Amtsblatt ohne Defizit arbeite, aus der Vermehrung der Inserate ziehe einzig und allein der Agent Nutzen, denn die Provisionen betragen fünfzehn Millionen pro Monat, soviel als zusammen die fünf Angestellten des Amtsblattes erhalten. Da hauptsächlich Gemeindekontra-konten im Amtsblatt inserieren, die naturgemäss diese Kosten ins Kalkül ziehen, müsse in Wirklichkeit die Gemeinde Wien indirekt die Kostender Inserate zahlen. Von einem guten Geschäft könne also nicht die Rede sein.

Der Referent Stadtrat Richter entgegnet in seinem Schlusswort, das Amtsblatt sei immer eine Verlustpost gewesen, doch sei es im Jahre 1924 gelungen das Defizit aus der Welt zu schaffen und sogar einen kleinen Ueberschuss zu erzielen. An der verspäteten Veröffentlichung der Sitzungsberichte sei der Umstand schuld, dass die Schriftführer der Ausschüsse die Protokolle verspätet abliefern, Referent werde neuerlich die Schriftführer ersuchen, rascher zu arbeiten. Die bemängelten Kürzungen in den Protokollen der Bezirksvertretungen seien rein redaktioneller Art, sie werden nur aus Raumrücksichten vorgenommen. Eine Wiederveröffentlichung der stenographischen Sitzungsprotokolle wäre Verschwendung, sie wurde seinerzeit aus Ersparungsrücksichten eingestellt und es sei kein driftiger Grund gegeben, jetzt wieder die Veröffentlichung vorzunehmen. In der Redaktion des Amtsblattes arbeiten nicht fünf Redakteure, wie Gemeinderat Doppler annahme, sondern die Schriftleitung werde nur von einem Redakteur besorgt.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St-R- Siegel referiert über den Bau der Wohnhäuser Margaretengürtel-Einsiedlergasse-Siebenbrunnfeldgasse in Kostenbetrage von 5,250.000 Schilling. Der Bau umfasst 403 Wohnungen, eine grosse Anzahl von Geschäftslokalen, drei Werkstätten, einen Kindergarten und 25 Stiegenhäuser.

G.R. Doppler (chr. soz.) bittet den amtsführenden Stadtrat um Aufklärung über Vorfälle die sich angeblich bei einem Bau zuge-tragen haben. Dieser Bau wurde Ende Februar eingestellt, eine Strafamt-handlung eingeleitet und den 13 Arbeitern der Arbeitslohn im Betrage von 7,395.000 Kronen zurückbehalten.

St-R. Siegel stellt fest, dass die Geldbeträge beschlag-nahmt worden sind und trotz seiner Verwendung es nicht gelungen sei, die Arbeiter zu bezahlen. Es sei wohl sehr bedauerlich aber bei der grossen Anzahl von Arbeiten, die vergeben werden, komme auch manch-mal ein nicht leistungsfähiger Lieferant vor. Uebrigens ist noch Aussicht vorhanden wenigstens einen Teil des Lohnes zu retten, da das Verfahren noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Der Antrag wird daraufhin angenommen.

Die Sitzung wird um halb neun Uhr abends geschlossen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 16. März 1925

### Die Gemeindegeldkredite für die Instandsetzung von Wohnhäusern. Der Zinsfuß wird ermässigt.

Der Wiener Gemeinderat hat am 10. Oktober 1924 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vierzig Milliarden Kronen für Instandhaltungskredite für Wiener Wohnhäuser zur Verfügung gestellt und am 30. Jänner 1925 für den gleichen Zweck abermals vierzig Milliarden Kronen bewilligt. Diese vierzig Milliarden Kronen mussten mit fünfzehn Prozent verzinst werden. Nun hat die Zentralsparkasse als erstes Institut, in Erkenntnis der Notwendigkeit, der Volkswirtschaft billige Kredite zu vermitteln, den Einlagenzinsfuß für täglich abhebbare Gelder, auf neun Prozent herabgesetzt und gleichzeitig auch die Leihzinsen für Kredite um ein weiteres volles Prozent ermässigt. Es werden hypothekarisch sichergestellte Kredite auf netto sechzehn Prozent Zinsen jährlich zu stehen kommen. Um nun auch die Instandhaltungskredite für Wohnhäuser zu einem billigeren Zinsfuß abgeben zu können, hat Gemeinderat Broczyner in der heutigen Sitzung des städtischen Finanzausschusses beantragt, dass der Zinsfuß für diese Kredite auf ein Prozent über die Bankrate ermässigt werden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und die Herabsetzung des Zinsfußes wird bereits vom 1. April 1925 an, wirksam werden.

Um eine möglichst grosse Zahl von Wohnhäusern instandsetzen zu können, wird übrigens auch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien aus ihren eigenen Mitteln grössere Beträge für solche Instandhaltungskredite bereitstellen.

Gemeindegeldsubventionen für Bildungszwecke. Im städtischen Finanzausschuss beantragte heute Gemeinderat Thaller der Oesterreichischen Gesellschaft für Schulhygiene eine Subvention von siebenhundert Schilling zu gewähren. Durch diese Subvention ist die Gesellschaft in der Lage, ihre in den letzten Jahren stark eingeschränkte Tätigkeit wieder aufzunehmen, Vorträge, Elternabende, Kurse, Besichtigungen zu veranstalten und die notwendigen Fachschriften herauszugeben. Derselbe Referent wies ferner darauf hin, dass die Gemeinde Wien sich bereit erklärt hat, an der seinerzeit zur Sanierung des Technischen Museums eingeleiteten Aktion teilzunehmen. Dies ist auch durch regelmässige Jahressubventionen geschehen. <sup>Es</sup> soll nun dem Museum für die Jahre 1924 und 1925 eine Subvention von zusammen fünfhundert Schilling gewährt werden. Das Technische Museum hat im Jahre 1923 einen eigenen wöchentlichen Schulbesuchstag eingeführt, der im Jahre 1924 durchschnittlich von je achzehn Klassen der städtischen Volks- und Bürgerschulen Wiens mit zusammen ungefähr sechshundert Schulkindern benutzt worden ist. Schliesslich beantragte der Referent dem Vereine Wiener Symphonie Orchester für seine Wohlfahrtseinrichtungen eine einmalige Subvention von zweitausend Schilling zu bewilligen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

## H A U S K R A N K E N P F L E G E

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 17. März 1925

-----  
Gemeindesubventionen. Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag des städtischen Finanzreferenten Stadtrates Breitner beschlossen, dem Verein Distriktskrankenpflege eine Subvention von zehntausend Schilling zu gewähren. Der Verein vollendet in diesem Jahr ein Vierteljahrhundert seiner Tätigkeit auf dem Gebiet der Hauskrankenpflege, die er allen mittellosen Personen gewährt. Infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse musste die Tätigkeit in den letzten Jahren eingeschränkt werden. Um nun die Hauskrankenpflege unter Verwendung von geschulten und geprüften Krankenpflegern innen wieder in den Vordergrund der Vereinstätigkeit zu bringen, wurde um eine Gemeindesubvention angesucht. Die Leitung der Gartenbauschule für Schwerhörige in Döbling ist gleichfalls an die Gemeinde Wien um eine Subvention herangetreten. Diese Schule ermöglicht jugendlichen schwerhörigen Personen die Ausbildung in der Gärtnerei, um ihnen dann diesen Berufszweig zu erschliessen. Die Schüler gehören vielfach den ärmsten Kreisen an und wird ein Schulgeld nicht eingehoben. Um nun verschiedene Anschaffungen für den Schulbetrieb vornehmen zu können, hat der Stadtsenat dieser Schule eine Subvention von fünfhundert Schilling bewilligt. Schliesslich wurde noch dem Verein für Knabenhandarbeit eine Subvention von dreihundert Schilling bewilligt. Der Verein hält seit vierzig Jahren Lehrerkurse zur Heranbildung von Lehrpersonen für den Handfertigkeitunterricht ab. Bei der erhöhten Bedeutung, die gegenwärtig dem Handfertigkeitunterricht im Schulbetrieb zukommt, ist die Tätigkeit dieses Vereins besonders zu fördern.

-----  
Koch- und Haushaltungskurse der Stadt Wien. Am 1. April 1925 beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI. Brückengasse 3, neue Kurse, die drei Monate dauern werden. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für feinere Küche (täglich), ein Abendkochkurs (zweimal wöchentlich), ein Abendkurs für Kleidermachen (zweimal wöchentlich), ein Abendkurs für Weissnähen (zweimal wöchentlich) und ein Servierkurs (einmal wöchentlich). Prospekte sind beim Schulwart zu haben. Einschreibungen an Samstagen nur von 10 bis 13 Uhr, an den übrigen Werktagen von 10 bis 15 Uhr.

-----

Wien, am Dienstag, den 17. März 1925. Zweite Ausgabe

Jubilare der Ehe. Am Montag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Spaisir den goldenen Hochzeitspaaren Emanuel und Netti Neumann, Go drunstrasse 129 und Emanuel und Rosalie Markstein, Wasnerstrasse 15, das Ehrengeschenk der Gemeinde Wien.

Die wahren Ursachen der Theaterkrise. In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenats wurde über jene ausnahmsweisen Begünstigungen entschieden, die für die Monate November und Dezember 1924 bei der Lustbarkeitsabgabe den Theatern in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen gewährt werden können. In diesem Zusammenhang legte der städtische Finanzreferent amtsführender Stadtrat Breitner dar, dass die in den einzelnen Betrieben durch das Kontrollamt der Stadt Wien vorgenommene Bucheinsicht den Beweis erbracht habe, dass neben den allgemeinen Gründen für ungünstige Geschäftserfolge, wie Rückgang der Bevölkerung bei starker Vergrößerung des Vergnügungsapparats und allgemeine Verarmung, bei den meisten Theatern ganz unglaublich zerfahrene Verhältnisse festgestellt wurden. Auch in der Vorkriegszeit hätten dergleichen Zustände zum Ruin geführt. Uebrigens müsste jedes Unternehmen irgendeiner anderen Branche bei solchen Geschäftsmethoden unfehlbar zugrunde gehen. Rein äusserlich drückt sich dies zunächst darin aus, dass eine geordnete Buchhaltung, wie sie etwa mustergiltig im Deutschen Volkstheater vorhanden ist, zu den Seltenheiten gehört. In einem Theater sind für die Zeit vor dem 1. April 1924 überhaupt keinerlei Aufzeichnungen auffindbar; in einem anderen Theater werden lediglich Kassabücher geführt, die wegen ihrer grossen Mängel kein richtiges Bild der Wirtschaftslage geben. Mehrmonatige, bis über dreiviertel Jahre umfassende Rückstände konnten festgestellt werden. Von vorneherein muss es als eine ungesunde Entwicklung angesehen werden, dass die Fälle, in denen Gebäude, Fundus und Konzession in einer Hand vereinigt sind, die Ausnahme bilden. In der Regel gehört dem Betriebsführer bestenfalls der Fundus und die Konzession, oft nur die Konzession. In der Führung sind fortwährend Änderungen zu verzeichnen, was selbstverständlich ungünstig einwirkt. Der sonst im Geschäftsleben allgemein geltende Grundsatz, dass zum Betriebe eines Unternehmens ein der Grösse des Betriebes angemessenes Betriebskapital unbedingt notwendig ist, wird beim Theater vielfach ganz ausser Acht gelassen und anscheinend als eine zu prosaische Auffassung betrachtet. Den Beginn der Betriebsführung bildet vielfach die Uebernahme von Milliarden schulden des Vorgängers samt mehrjährigen Renten von je ein paar hundert Millionen. Steht ein Theaterbetrieb vor dem Zusammenbruch, glaubt man die Sanierung dadurch bewirken zu können, dass ein oder zwei andere gleichfalls notleidende Theater fusioniert werden. Das Ergebnis ist natürlich dann die Geschäftsaufsicht für alle. Wanderungen von Theatern sind förmlich wie im Kettenhandel vor sich gegangen. Oft hat der Besitz nur ein paar Tage gedauert, bot aber trotzdem den Anlass, Bruttoprozente zu beanspruchen und zugesichert zu erhalten, wie dies bei galizischen Rohölgruben Sitte ist. Bei anderen Theatern ist wieder die Ursache des Niederganges darin zu suchen, dass der Betriebsführende sich nur ganz gelegentlich in Wien aufhält und von Berlin, von der Schweiz oder gar von Südamerika aus den Betrieb „leitet“, obwohl doch gerade der Theaterebetrieb wie kaum irgend ein anderer unansetzbar der persönlichen Initiative bedarf. Die Bucheinsicht hat ferner das Ergebnis gezeigt, dass das fast ausnahmslos geltende System des Kartenverkaufs alle Merkmale der Unsolidität aufweist. Die an der Kassa angeschlagenen Preise gelten zumeist nur nominell und sind anscheinend bloss für ortsfremde Wurzeln berechnet. In der Mehrheit der geprüften Theater ist die Zahl der vollbezahlten Sitze tief unter der Hälfte. Bei einem Betrieb sinkt sie sogar auf nur dreizehn Prozent des letzten Vierteljahres herunter. An einzelnen Tagen betrug die

Zahl *nur zum Kassa* preis verkauften Sitze sogar nur ein einziges Prozent aller vergebenen Plätze! Von hundert Besuchern hatte also nur ein einziger den Kassapreis erlegt, während alle übrigen neunundneunzig entweder ermässigte Karten in allen möglichen und ganz willkürlichen Nuancierungen oder Freikarten benützt hatten. Der Endeffekt ist natürlich, dass sich fast jeder Besucher als hintergangen fühlt, weil er immer wieder jemanden findet, der noch weniger gezahlt hat, als er. Schliesslich sind dann <sup>nicht</sup> einmal die Freikarten mehr anbringlich. Auch die Stargagen mit Beträgen bis zu achtzehn Millionen Kronen für einen Abend und einem Etat, der nicht einmal durch ein ausverkauftes Haus gedeckt werden kann, sind weitere Belege für die ganz unkaufmännische Art der Geschäftsführung. Es ist charakteristisch, dass ganz ausnahmslos alle im Ausgleichsverfahren befindlichen Theater bessere Erfolge als früher aufzuweisen haben, wiewohl die Steuer täglich pünktlich erlegt werden muss - eine Tatsache, die nur darin ihre Erklärung findet, dass eben der Ausgleichsverwalter nach jahrelanger Verwahrlosung der erste Leiter ist, der wirklich sich dem Betrieb widmet und die ärgsten Misstände zu beseitigen bemüht ist. Von diesen Gesichtspunkten aus müssten eigentlich die meisten Ansuchen abgelehnt werden, weil sich die Steuerbegünstigungen geradezu als eine Prämie für unkaufmännische, mitunter sogar leichtfertige Gebarung darstelle. Lediglich mit Rücksicht auf das Personal soll doch die Zubilligung erfolgen, doch könne schon jetzt gesagt werden, dass diese individuellen Begünstigungen keine Wiederholung finden werden. Im Theater an der Wien, dessen Verhältnisse notorisch günstig sind, wurde eine Erhebung nicht vorgenommen und es richtet sich daher keine der Bemängelungen gegen diesen Betrieb, für den eine Steuerermässigung ebensowenig wie für die Bundestheater notwendig sei. Auch bei der Rolandbühne ist keine Nötigung zu einer Steuerherabsetzung gegeben. Für alle sonstigen Wiener Theaterbetriebe wird die Anwendung des Ermässigungsgesetzes beantragt.

An dieses Referat knüpfte sich eine längere Aussprache. Stadtrat Rummelhardt pflichtete den Ausführungen des Referenten, insbesondere in Bezug auf das Starsystem bei und sprach bei diesem Anlass den Wunsch aus, dass die Gemeinde den Fall der Volksoper im gegebenen Augenblick einer neuerlichen Erwägung unterziehen möge.

Die gestellten Anträge wurden unverändert angenommen.

Die Beteiligung der Gemeinde an wirtschaftlichen Unternehmungen. Eine Wiener Tageszeitung meldet heute, dass die Gemeinde Wien infolge ihrer Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen mehrere hundert Verwaltungsratsstellen zu vergeben hat und dass diese Stellen von den Angehörigen der Partei besetzt werden, die in Wien herrscht. Dazu ist zu bemerken, dass die Gemeinde insgesamt an 71 Unternehmungen beteiligt ist, vielfach aber nur mit verhältnismässig bescheidenen Quoten, die einen Einflussnahme auf die Geschäftsführung und die Entsendung von Verwaltungsräten überhaupt ausschliessen. Dies ist keineswegs ein Geheimnis, sondern im Voranschlag der Gemeinde für das Jahr 1925 ist diese Beteiligung genau unter namentlicher Anführung jeder einzelnen Unternehmung ausgewiesen. Im Falle von Delegierungen erfolgt die Auswahl dieser Personen nach den Grundsätzen des Proporz zwischen den beiden Parteien des Wiener Gemeinderates, wiewohl dies nicht zwingend vorgesehen ist und beim Bund auch nicht geschieht. Diese Vertreter erhalten für die Ausübung dieser Funktionen ausser der üblichen Sitzungsgebühr von fünfzehntausend Kronen, keinerlei Entschädigung und müssen etwaige Bezüge, die sie in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsräte von den Unternehmungen erhalten, restlos an die Gemeindekasse abliefern. Nur in jenen wenigen Fällen, in denen Delegierte der Gemeinde Funktionen bekleiden, wie Präsident, Vizepräsident, Geschäftsführer, Mitglied der Exekutivkomitees, also tatsächlich oft mühevollste Arbeit zu leisten haben, sind sie von der Abfuhr bis zur Maximalhöhe der jeweiligen Bezüge eines Nationalrates befreit. Auch bei mehrfachen dergleichen Funktionen darf die Gesamtentschädigung dieses Maximums nicht übersteigen. Der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte haben jedoch alle aus solchen Delegierungen sich ergebende Bezüge ausnahmslos an die Gemeindekasse abzuführen und erhalten auch weder Sitzungsgebühren noch sonst welchen Namen immer tragende Entschädigungen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 18. März 1925

-----  
Ein wutkranker Hund. Am 7. März wurden am Tivoli von einem herrenlosen Hund - kleiner brauner Spitzbastard - mehrere Personen gebissen. An dem Tier wurde Wut festgestellt. Personen, die von dem Hund gebissen wurden, oder zweckdienliche Angaben machen können, wollen sich sofort im Polizeikommissariat Meidling oder in der Veterinärabteilung im magistratischen Bezirksamt Meidling, Schönbrunnerstrasse 249, melden.

-----  
Vortrag des Wiener Stadtbau Direktors. Im mittleren Konzerthausaal findet am Samstag, den 21. März um 3 Uhr nachmittags ein Vortrag des Stadtbau Direktors Ingenieurs Dr. Franz Musil über seine, im Auftrag der Gemeinde Wien nach Nordamerika unternommene Studienreise, statt. Die Reise führte von der Fünfmillionenstadt New-York bis an die Küste des Stillen Ozeans in das Wunderland Californien. An der Hand zahlreicher Lichtbilder wird die bemerkenswerte, grosstädtische Entwicklung in den Zentren New-York, Chicago, St. Louis, Detroit, San Franzisko, Los Angeles u. s. w. vorgeführt werden.

-----  
Umgestaltung des Schwarzenberg Schlosses. Die als Hauptverkehrsweg zwischen der Inneren Stadt und dem Ost- und Südbahnhof dienende Prinz Eugenstrasse ist in dem Teil zwischen dem Schwarzenbergplatz und der Resselgasse sehr schmal. Die dadurch hervorgerufenen Verkehrshindernisse machen sich auch deshalb stark bemerkbar, da diese Strasse nicht nur von der Strassenbahn, sondern auch sehr stark von Automobilen befahren wird. Dem Uebelstand könnte nur durch einen Umbau der Nebengebäude der Schwarzenbergischen Schlossanlage abgeholfen werden. Unschön wirkt auch die mit Plakaten beklebte Einfriedungsmauer des Schwarzenbergplatzes von der Reitschule bis zum Belvedere und es wird oft bemängelt, dass die von den Bahnhöfen kommenden Fremden beim Eintritt in die Stadt ein so unerfreuliches Bild zu sehen bekommen. Die Gemeindeverwaltung hat wiederholt versucht, den Besitzer der Schwarzenbergischen Liegenschaften zu einem Umbau der den Verkehr behindernden künstlerisch minderwertigen Bauten zu veranlassen, wodurch alle Beschwerden beseitigt worden wären. Es ist wohl bekannt, dass die Gemeinde den als Kulturgut und Luftspeicher für Wien unersetzlichen Park mit einem Bauverbot belegt hat, um ihn von vorneherein vor dem Zugriff der Grundstückspekulation zu bewahren. Kürzlich hat nun die Schwarzenbergische Generaldirektion die Gemeinde Wien ersucht, einen schmalen Grundstreifen an der Prinz Eugenstrasse, der derzeit als Reservergarten benutzt wird, für die Verbauung mit vier kleinen Familienpavillons freizugeben. Die diesem Ansuchen beigegebenen Pläne umfassen aber auch, einem Wunsch des Stadtbauamtes entsprechend, eine durchgreifende, den erforderlichen Verkehrsraum in der Prinz Eugenstrasse freigebende bauliche Umgestaltung der Nebenräumlichkeiten des Schlosses an dieser Strasse. Kommt das von einem reichdeutschen Architekten mit bemerkenswertem Geschick und grosser Feinfühligkeit verfasste Projekt zur Durchführung, wird nicht nur der erforderliche Verkehrsraum in der Prinz Eugenstrasse gewonnen, sondern es würden auch eine Reihe reizvoller Stadtbilder entstehen, ohne dass der Gesamterscheinung des Schlosses und des schönen Parkes Eintrag geschehe.

Bürgermeister Seitz hat daher das Stadtbauamt ermächtigt, über dieses Projekt mit der Schwarzenbergischen Generaldirektion zu verhandeln.

-----

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 19-März 1925

Verpachtung der Gastwirtschaft auf dem Pferdemarkt. Am 3. April um 10 Uhr vormittags findet in der Magistratsabteilung 42 eine öffentliche Anbotsverhandlung über die Verpachtung der Gastwirtschaft auf dem städtischen Pferdemarkt in Margareten statt. Nähere Auskunft erteilt die Magistratsabteilung 42 im Neuen Amtshaus, Ebendorferstrasse, I. Stock.

Landaufenthalt für Grosstadtkinder. Im Rahmen des Wiener Jugendhilfswerks spricht am Freitag, den 20. März um 7 Uhr abends in der Schule Reisnerstrasse 43, Magistratssekretär Dr. Breunlich über den Landaufenthalt für Grosstadtkinder. Der Vortrag wird von zahlreichen Lichtbildern begleitet.

Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck“. Die Gemeinde hat im vergangenen Jahr die Bevölkerung Wiens zur Ausschmückung der Fenster, Balkons und Geschäftsportale mit Blumen aufgerufen und zugleich fünftausend Schilling für einen Wettbewerb mit Preisen und Diplomen gewidmet. Es beteiligten sich an diesem Wettbewerb 217 Personen. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Weber am 18. Jänner 1925 im Gemeinderatssitzungssaal an 111 Personen, die sich an diesem Wettbewerb beteiligten, Diplome; ausserdem wurden achzehn grosse und einundvierzig kleine Plaketten verteilt. Im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beantragten nun am Mittwoch Gemeinderat Schütz, dass auch heuer ein solcher Wettbewerb von der Gemeinde veranstaltet werden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und zugleich beschlossen, dass über die Zuerkennung der Preise ein sechsgliedriges vom Gemeinderat zu wählendes Komitee entscheiden soll. Mit der Durchführung aller Beschlüsse dieses Komitees wurden die Magistratsabteilung 22 betraut. Für die Verteilung von Preisen und Diplomen wurde, so wie im Vorjahr, ein Betrag von fünftausend Schilling bewilligt.

Die elektrische Strassenbeleuchtung. Der technische Gemeinderatsausschuss hat am Mittwoch abermals die Einführung der elektrischen Beleuchtung in einer Reihe von Strassen beschlossen. Es werden die Simmeringer Hauptstrasse von der Hauffgasse bis Fikysstrasse, die Hietzinger Hauptstrasse von der Einmündung der Lainzerstrasse bis zur Verbindungsbahn, die Lainzerstrasse, Preyer-Hofwiesen- und Speisingerstrasse, die Rosensteingasse und Taubergasse und die Innstrasse statt der bisherigen Gasbeleuchtung die elektrische öffentliche Beleuchtung erhalten. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 89.380 Schilling und es wird mit der Durchführung sofort begonnen werden.

Eine grosse Wohnhausanlage in Simmering. Auf Antrag des städtischen Baureferenten amtsführenden Stadtrates Siegel hat der technische Ausschuss des Gemeinderates am Mittwoch den Entwurf des Wiener Stadtbaumeisters für eine Wohnhausanlage in Simmering, Khamgasse-Geiselbergstrasse, genehmigt. Auf dem 4950 Quadratmeter grossen Baublock werden zwölf Wohnhäuser errichtet werden, die eine Fläche von 2806 Quadratmeter umfassen, während 2144 Quadratmeter auf Hofflächen entfallen. Die drei grossen Höfe werden gärtnerisch ausgestaltet. Die Anlage enthält 201 Wohnungen, sieben Einzelzimmer, ein Geschäftslokale und acht Werkstätten. Auch werden zwölf Waschküchen eingebaut. Die Kosten dieser grossen städtischen Wohnhausanlage werden auf 2,750.000 Schilling veranschlagt und aus den Einnahmen der Wohnbausteuer gedeckt.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 20. März 1925

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung.

Die Anträge der Gemeinderäte Hies und Thaller auf Bewilligung von Subventionen an die Gartenbauschule für Schwerhörige in Döbling, an den Verein für Knabenhandarbeit, an den Verein Distriktkornpflege an das Wiener Symphonieorchester, an die Österreichische Gesellschaft für Schulhygiene und an das technische Museum werden ohne Wortmeldung angenommen. Zugestimmt wird ferner einem Antrag des Gemeinderates Nachreberl auf Herstellung eines vierten Geleisschleife im Strassenbahnhof in Hernals, dem Abschluss einer Brandschadenversicherung für die Erziehungsanstalt Eggenburg, dem Antrag des Gemeinderates Isler in der verlängerten Parallelstrasse zur Sandleitengasse in Ottakring einen Hauptunrathkanal mit einem Kostenaufwand von 45.000 Schilling zu erbauen, den Anträgen des städtischen Baureferenten, Stadtrates Siegel auf Errichtung zweier Wohnhausanlagen in Floridsdorf (Brünnerstrasse-Pitkagasse) und Währing (Schopenhauerstrasse) mit einem Gesamtkostenaufwand von 1.976.000 Schilling, den Anträgen des städtischen Wohlfahrtsreferenten Stadtrates Professor Tandler auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 60.000 Schilling für die Verpflegskosten jener Kinder, die vom Jugendamt in Anstalten und Pflegestellen untergebracht werden und auf Bewilligung eines Kredites von 30.000 Schilling für den Betrieb der Infektionsabteilung und des Ambulatoriums in den Neubauten des Karolinen-Kinderspitales und einer Reihe von Grundankäufen.

Stadtrat Breitner berichtet nun über die Auflösung der Wiener Kommunalsparkasse in Währing durch Vereinigung mit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Am 12. Jänner 1923 hat der Gemeinderat die Vereinigung der Kommunalsparkassen in Rudolfsheim, Hernals, Döbling und Floridsdorf mit der Zentralsparkasse beschlossen. Damit wurde jenes <sup>erreicht</sup> Ziel, dass den Gründern der Zentralsparkasse von ersten Tag an vorgeschwebt hat, nämlich eine Zusammenfassung der städtischen Sparkassen, wodurch höhere Leistungen möglich sind. Der Widerstand in den fünf Bezirken war aber zu gross und erst die Kriegszeit mit den schweren Erschütterungen auf dem Gebiete des Geldwesens, hat den Gedanken der Zusammenfassung dieser Sparinstitute verstärkt und im Jahre 1923 konnten vier Kommunalsparkassen mit der Zentralsparkasse vereinigt werden. Jetzt ist auch die letzte Wiener Kommunalsparkasse zur Vereinigung bereit, da man sich auch in Währing seit der Vereinigung der vier anderen Kommunalsparkassen ein Urteil über die Zweckmässigkeit dieser Zusammenfassung bilden konnte. Wir haben in den letzten Tagen gesehen, dass die Zentralsparkasse Bahnbrechend auf dem Gebiete der Zinsfuesspolitik vorgegangen ist, was nur durch die zentrale Leitung möglich war. Daher ist es nur eine logische Entwicklung, wenn der Gemeinderat sich heute mit der Fusion der letzten Wiener Kommunalsparkasse beschäftigt. Mit Bedauern musste leider festgestellt werden, dass die Haltung der Minderheit bei dieser Frage eine andere war, als im Jahre 1923. Dabei muss festgestellt werden, dass die Minderheit im Finanzaus-

schuss und im Stadtsenat in ihrem sachlichen Urteil über die Nützlichkeit der Fusionierung mit der Mehrheit vollständig übereinstimmt. Es handelt sich nur um Differenzen in der Auffassung über die Anwendung des Proporz in Sparkassenausschüsse. Wir stehen hier im Gegensatz zur Minderheit, die meint, dass für diese Sparkasse die sonst bei der Gemeinde übliche Anwendung des Proporz, nicht durchgeführt werden soll. Mit der heute beantragten Vereinigung der Währinger Kommunalsparkasse mit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wird der Schlussstein gelegt zu einer einheitlichen Führung der kommunalen Sparinstitute, die im Interesse der Bevölkerung nur begrüsst werden kann.

G.R. Kunschak (chr. soz.) Nimmt Stellung zu den Ausführungen des Referenten, dass nicht nur die Mehrheit sondern auch die Minderheit für die Auflösung der Sparkassen in den Gemeindebezirken gestimmt habe. An dieser Stellungnahme habe sich aber auch heute noch nichts geändert, der alte Grundsatz ist noch immer vorhanden. Man muss aber darauf Rücksicht nehmen, dass die Kommunalsparkassen <sup>Individualitäten</sup> sind aus der Zeit, wo die Bezirke noch selbstständige Gemeinden waren. Es ist wichtig, dass die Vororte zur Zeit der Verhandlung über die Einverleibung die klare Bedingung stellten, dass auch weiterhin ihren Sparkassen die volle Selbstständigkeit erhalten bleibt. Die damalige kleine Gemeinde Wien hat diesen Standpunkt immer anerkannt. Die meisten dieser Kommunalsparkassen haben vom Jahre 1891 an bis in unsere Tage, die Währinger bis vor 14 Tagen besessen und behauptet sie auch noch jetzt zu besitzen, da kein Gemeinderatsbeschluss eine Aenderung herbeiführen könne. Vielmehr könne eine Aenderung nur dann eintreten, wenn von beiden Seiten eine Auflösung einstimmig beschlossen wird. Dieser Standpunkt hat bisher stets die Zustimmung des Gemeinderates und auch des jetzigen Referenten gefunden. Als sich im Jänner 1923 die Währinger Sparkasse weigerte, die Auflösung durchzuführen wurde dies ohne weiteres anerkannt, mit Respektierung der Ansicht, dass eine Auflösung gegen den Willen Währings überhaupt nicht erfolgen könne. Es kann nicht länger untersucht werden wo hier Recht oder Unrecht steht. Wir müssen solange warten bis aus eigenen Entschluss und mit voller Zustimmung die Auflösung gewünscht wird. In Währing gab es viel Streit über die Sparkasse und ihr weiteres Schicksal. Die Entscheidung liegt im Sparkassenausschuss dessen Zusammensetzung nach dem Statut der Körperschaften von der Bezirksvertretung entschieden wird. Da die Mehrheitspartei dieses Saales nicht auch die Mehrheit in der Bezirksvertretung besitzt, so ist der Wille der Christlichsozialen und Grossdeutschen entscheidend. Die Zusammensetzung des Sparkassenausschusses kann nun nach den Grundsätzen des Proporz oder durch eine Mehrheitsentscheidung festgelegt werden. Es gibt hier eine zweifache Praxis. Nach dem Statut der Sparkasse wird die Wahl nach den Bestimmungen der Gemeindegewählordnung durchgeführt. In einer Reihe von Fällen wird wieder nach dem Proporz vorgegangen, in manchen Fällen ist es offen gelassen, ob nicht auch Mehrheitsentscheidungen zulässig sind. Wird doch auch das Mehrheitsystem in Fällen von grosser Tragweite angewendet. Erinnerung sei nur an den Stadtschulrat, wo die Minderheit d. Proporz nicht durchsetzen konnte. Es ist also vielfach dem Ermessen der betreffenden Kreise anheim gestellt, das eine oder das andere System anzuwenden. Nach dem Ermessen der Währinger sollte nun das Mehrheitswahlsystem in Anwendung kommen. Nicht jedermann braucht <sup>den</sup> Lokalpatriotischen Standpunkt zu vertreten, über solche Gefühlsäusserungen lässt sich schwer entscheiden. Währing ist auf seine alte Sparkasse stolz, die es aus eigener Kraft geschaffen hat. Redner suchte die massgebenden Persönlich-

keiten von diesem Standpunkt abzubringen. Die Vertreter haben sich freundschaftlich und ohne Hinterhalt zusammengesetzt und eine Vereinbarung getroffen, nach der die Wahl in der Bezirksvertretung unter Wahrung des Standpunktes jeder einzelnen Partei vorgenommen werden sollte auf eine gemeinsame christlichsozial-grossdeutsche Liste entfielen sechs Mandate auf die sozialdemokratische zwei. Obwohl die Abstimmung sechs Vertreter ergab, bestimmte nun der Bezirksvorsteher als Vorsitzender vier christlichsozial-grossdeutsche und zwei sozialdemokratische Vertreter. Es ist klar, dass der Vorsitzende nichts zu verfügen hat. Gegen diese Entscheidung des Bezirksvorstehers legten nunmehr sofort die Mehrheitsparteien an den Stadtsenat Protest ein und beriefen sich auf das Statut der Gemeinde Wien. Wie dies üblich ist, wurde der Protest dem Überreicht, gegen den er gerichtet ist, hier also dem Bezirksvorsteher zur Weiterleitung. Redner stellt hier ausdrücklich fest, dass die Rekurswerber keine Instanz genannt haben. Der Akt wurde nun nicht an den Stadtsenat, sondern an den Bürgermeister weitergeleitet, in dessen Büro blieb er liegen, die für Rekurse offene Frist von vierzehn Tagen dadurch versäumt und erst drei Wochen nach Ablauf dieser offenen Frist mit der Bemerkung zurückgestellt, dass er an die unrichtige Instanz gerichtet worden sei. Ausserdem hätte er nach dem Gemeindestatut binnen vierzehn Tagen beim Stadtrat eingebracht werden sollen. Das ist keineswegs ein loyaler Vorgang, handelt es sich doch nicht um eine nichtige Sache. Es ist unerheblich, dass während dieser Zeit von der Gegenseite eine Konsequenz daraus gezogen werden ist. Trotz des offensichtlichen Fehlers war man der Ansicht, dass der Rekurs nach dieser abgelaufenen Zeit nun nicht mehr gemacht werden könne, aber auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes nicht mehr angerufen werden kann. Man war ferher der Ansicht, dass die Mehrheitsparteien Wortbrüchig geworden sind und die Sozialdemokraten sich nicht mehr an die Vereinbarung gebunden halten müssen. Trotzdem die Parteienvereinbarung ganz klar den Instanzenweg vorsah, betrat man ihn nicht, sondern wirft den Christlichsozialen den Bruch des Paktes vor. Es liegt doch ganz sicher ein Fehler vor, entweder im Büro des Bezirksvertreters oder in dem des Bürgermeisters. Die gewählten sechs Funktionäre beschlossen, ihr Amt nicht auszuüben bis der Verwaltungsgerichtshof als oberste Berufungsbehörde die letzte Entscheidung getroffen hat. Daraufhin traten die Sozialdemokraten ihr Amt an, da sie sich nicht mehr durch die Vereinbarung für gebunden betrachteten. Ein Schreiben des Bürgermeisters erklärte, dass man auf den neuen Protest nicht Rücksicht nehmen könne, da eine Parteienvereinbarung für den Bürgermeister als Landeshauptmann nicht bindend ist. Nach vorgenommener Wahl erflöss vom Bezirksvorsteher ein amtlicher Akt. Es ist also keine Parteienvereinbarung! Es ist ungläublich, dass man dem Bürgermeister unrichtige Berichte unterbreitete. Staunend muss man aber auch erkennen, dass man nicht den Willen hat, diese so ernste Angelegenheit in einer würdigen Art zum Abschluss zu bringen, wenn schon ein Versteas der Kanzlein vorliegt, so hätte man doch wenigstens im Bürgermeisteramt den Akt zurückzuweisen gehabt. In diesem nicht beschlussfähigen Sparkassaausschuss wurde die Angelegenheit der zwei sozialdemokratischen Mitglieder vorgenommen und damit hatte man die Mehrheit im Ausschusse. Unmittelbar nachher wurde eine Sitzung einberufen und die Beschlussfassung über die Auflösung der Kommunalsparkassa und ihre Einverleibung in die Zentralsparkassa der Gemeinde Wien herbeigeführt. Die frühere Mehrheit des Sparkassaausschusses ist nun der Auffassung, dass dieses Gelöbnis, weil es in einer nicht beschlussfähigen Sitzung abgelegt wurde, nicht rechtsverbindlich sei, es wurde auch gegen die Vornahme des Gelöbnisses ein Protest zu

Protokoll gegeben und gegen den Beschluss der Auflösung der Sparkassa ein Rekurs eingebracht, der bis zum Verwaltungsgerichtshof geleitet werden wird. Also ein ganzer Rattenschwanz von Rekursen und Berufungen ist die Folge. Ich habe, um dem höchst unerguücklichen Zustand ein Ende zu machen, beim Herrn Bürgermeister interveniert und vorgeschlagen, einfach den alten Zustand wiederherzustellen. Der Herr Bürgermeister hat aber diesen Vorschlag abgelehnt. Nach unserer Anschauung wurde dem Rechte der Minderheit Gewalt angetan und solange dieser Zustand bestehen bleibt, können wir trotz unserer grundsätzlich zustimmenden Auffassung für den Referentenantrag nicht stimmen.

Bürgermeister Seitz: Die heftigen Angriffe des Herrn GR-Kunschak gegen mich nehmen mich umso mehr wunder, als ich dem Herrn GR-Kunschak in seiner Eigenschaft als Mitglied der Landesregierung genaue Aufklärung darüber gegeben habe, was mich damals zu dieser Haltung veranlasst hat und als ich in dieser Sitzung den Eindruck gewonnen habe, dass diese Aufklärungen genügend erscheinen. Nach dieser letzten Sitzung des Stadtsenats hätte ich also erwarten dürfen, dass Gemeinderat Kunschak mindestens in jenen Fragen, die durch seine heute geänderte Darstellung nicht tangiert sind und nur die haben mich betroffen, eine andere Haltung einnimmt. Ich habe in der Landesregierung nach der sachlichen Darstellung des Landesamtsdirektors diese Aufklärung auch gegeben und der Herr Referent gleichfalls. Schon aus der Darstellung des Herrn Gemeinderates Kunschak ist zu ersehen, dass es sich hier um eine grosse Zahl von verfassungsrechtlichen und juristischen Fragen überhaupt handelt, dass der ganze Fall beinahe nur eine juristische Doktorfrage ist und geradezu nach einer rein amtlichen Behandlung begehrt, wie Sie auch durch den Herrn Landesamtsdirektor erfolgt ist. Das enthebt mich natürlich nicht der Verantwortlichkeit, sondern ich decke selbstverständlich diese Entscheidung des Landesamtsdirektors. Aber alles, was hier an juristischen Argumenten für und wider gesagt werden kann, ist für die Entscheidung dieser Frage nicht von Belang. Hier kommt einzig und allein das sachliche Interesse in Betracht und dass es nach den Kontrollamtsberichten, die auch dem Herrn Stadtrat Kunschak aus den verschiedenen Beratungen nicht unbekannt sind, notwendig waren, endlich einen Schritt zu tun um diese Frage zu finalisieren, ist klar. Ob man über den Vorgang juristisch so denkt oder ihn anders beurteilt, ist minder wichtig. Ich kann nur noch einmal sagen, dass ich hätte annehmen können, dass nach den Aufklärungen, die ich den Herren in der letzten Sitzung gegeben habe diese Angriffe heute nicht mehr richtig sind.

G.R. Kerner (chr. soz.) erklärt, dass die eben vernommenen Worte des Bürgermeisters alle Bedenken Kunschaks bestätigen. Der einzige richtige Vorgang wäre gewesen, in der Frage der Währinger Sparkassa dem Verwaltungsgerichtshof entscheiden zu lassen.

G.R. Holoubek (chr. soz.) bemerkt, dass die Christlichsoziale insbesondere über die Haltung des Bürgermeisters empört sein müssen, denn es sei ganz unmöglich, dass er von den Vereinbarungen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten in dieser Frage nichts gewusst habe. Wenn die Minderheit gegen den Referentenantrag stimme, so geschehe es nicht, weil für die Vereinbarungen nicht zweckmässig erscheinen, sondern weil die der Ansicht ist, dass der Sparkassaausschuss kein Recht hatte, einen solchen Beschluss zu fassen.

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, es liege ein Beschluss des Sparkassaausschusses vor, dessen Rechtsgiltigkeit unbestreitbar sei. Der Gemeinderat dürfe sich nicht mit Bezirksdifferenzen abgeben, sondern müsse die Frage von höheren Gesichtspunkten beurteilen und trachten die Zentralsparkassa einfach zu einer neuen und höheren Leistungsfähigkeit zu bringen.

G.R. Broczyner (soz. dem.) beantragt, dass der Zinsfuß für die Kredite der Gemeinde Wien für die Instandsetzung von Wohnhäusern von sechzehn auf fünfzehn Prozent herabgesetzt werden soll. Die Gemeinde hat achtzig Milliarden Kronen für diese Zwecke der Zentralsparkasse übergeben, die Zentralsparkasse selbst hat aus ihren eigenen Geldern fünfzig Milliarden beigesteuert und auch die sozialen Versicherungsinstitute beteiligten sich an dieser Aktion. Mit der Herabsetzung des Zinsfußes bei der Zentralsparkasse der Gemeinde ergibt sich von selbst die Ermässigung des Zinssatzes für diese Kredite. Es ist selbstverständlich, dass im selben Masse, als die Zentralsparkasse ihren Einlagenstand vermehrt, dieser Zinsfuß noch weiter ermässigt werden wird.

G.R. Zimmerl (chr. soz.): Der vorliegende Antrag bedeutet eine Ermässigung des Zinsfußes für die Instandhaltungskredite um ein Prozent. Wir haben im Stadtsenat den Gegenantrag gestellt, dass der Zinsfuß mit einem Prozent unter der Bankrate festgesetzt werden soll, was praktisch eine Herabsetzung des Zinsfußes um zwei Prozent bedeuten würde. In den Zeitungen wurde verlautet, dass dieser Beschluss einstimmig gefasst worden sei. Das ist unrichtig und wenn die Rathauskorrespondenz nicht richtig berichtet, dass soll sie lieber gar nicht berichten. Wir haben in diesem Saal wiederholt über die Zinsfußpolitik gesprochen und schon bei der letzten Gewährung der Kredite für die Instandsetzung von Wohnhäusern eine Herabsetzung des Zinsfußes verlangt. Damals wurde unser Antrag abgelehnt und es ist daher höchlich auch unser Verdienst, wenn nun die Zentralsparkasse darauf besteht, den Zinsfuß zu ermässigen. Es muss aber doch festgestellt werden, dass die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien nicht das einzige Institut ist, dass den Zinsfuß herabgesetzt hat sondern dass sämtliche Institute dies getan haben. Die Mitglieder des Bankverbandes dürfen überhaupt nur zehn Prozent für Einlagen vergüten. Es ist dies eine erfreuliche Erscheinung, die sehr begrüßt werden kann. Die Kredite der Gemeinde für die Instandsetzung von Wohnhäusern sind keineswegs eine geschäftliche Aktion, sondern es handelt sich um eine Wohlfahrtsaktion im Interesse der Mieter. Die Zinsen für die Kredite müssen von den Mietparteien gezahlt werden und je höher sie sind, desto mehr belasten sie diese Parteien. Welche Gelder stellt eigentlich die Gemeinde Wien hier zur Verfügung? Es sind dies Kassenbestände oder Gelder, die sonst anderen Instituten gegeben werden. Auf jeden Fall kommt ein Plus beim Zinsfuß der Gemeinde zugute. Dabei verlangen Sie aber immer, dass die anderen den Zinsfuß herabsetzen sollen, aber die Gemeinde selbst verlangt einen so hohen Zinsfuß. Bei der gegenwärtigen Lage der Verzinsung dieser Kredite ist zweierlei zu bemängeln. Der Bankzinsfuß von dreizehn Prozent entspricht schon lange nicht mehr den heutigen Geldverhältnissen. Ich versteh es nicht, dass der Generalrat der Nationalbank diesen Zinsfuß nicht herabsetzt. Auch die sozialdemokratische Partei steht auf dem gleichen Standpunkt. Wenn ich nun den Standpunkt einnehme, dass dieser Zinsfuß von dreizehn Prozent nicht mehr entspricht, dann darf ich aber, wenn ich selbst Geld verleihe, mich doch nicht nach dem Zinsfuß der Nationalbank richten. Es ist also da bei Ihnen, wie so oft, die Praxis von der Theorie verschieden. Die zweite Bemängelung geht dahin, dass der Zinsfuß für die Instandhaltungskredite nicht mit dem Zinsfuß für andere Kredite verglichen werden kann. Es handelt sich hier, wie schon erwähnt, um eine Wohlfahrtsaktion. Das ist aber keine Wohlfahrtsaktion, wenn Sie fünfzehn Prozent verlangen. Bei den Instandhaltungskrediten haben Sie doch ausser der Sicherstellung auf die erste Hypothek noch die Sicherheit, dass jeder Mieter seiner Verpflichtung zu zahlen

nachkommen wird, weil er sonst von der Kündigung bedroht ist. Trotzdem rechnen Sie den gleichen Zinsfuß, wie für Darlehensgeschäfte und stellen das als eine Wohlfahrtsaktion hin. Sie eskompieren Kundenwechsel mit dreizehn Prozent, weshalb ich meinen bereits im Finanzausschuss gestellten Antrag, dass die Verzinsung dieser Kredite statt mit einem Prozent über der Bankrate mit einem Prozent unter der Bankrate festgesetzt wird und bitte um Annahme dieses Antrages (Beifall).

G.R. Eisinger (soz. dem.), nach dessen ersten Worten die Christlichsozialen ihre Plätze verlassen, sagt: Der vorliegende Antrag bewegt sich in der Richtung der Erhaltung des Wohnraumes. Wir haben das grösste Interesse, dass die bestehenden Wohnungen erhalten bleiben. Schon in der Kriegszeit haben die Hausbesitzer den baulichen Zustand ihrer Häuser stark vernachlässigt und es ist daher begreiflich, dass die Zahl der Ansuchen um Gewährung solcher Kredite immer mehr steigt. Wir wollen nicht, dass mit diesem Geldern schöne Fassaden gemacht werden, sondern dass in jenen Häusern, in denen das Wohnen bereits durch den schlechten Bauzustand unangenehm geworden ist, wieder erträgliche Verhältnisse geschaffen werden. Der Antrag der Minderheit auf weitere Herabsetzung des Zinsfußes für diese Kredite ist kaum ernst zu nehmen, da wenn wir von vorneherein den Zinsfuß so festgesetzt hätten, wie dies durch diesen Antrag erfolgen soll, die Minderheit eben weitergehende Anträge gestellt hätte. Es wäre aber wohl sehr zweckmässig, wenn die Christlichsozialen ihren Einfluss auf die Regierung ausüben wollten, damit die Nebengebühren, die der Staat bei diesen Kreditaktionen einhebt, verschwinden. Diese Nebengebühren, die für Lösungsquittungen, Schuldscheine, Stempel und so weiter vom Staat verlangt werden, belasten die Mieter, die auf solche Kredite angewiesen sind, ganz erheblich. Da könnte die Minderheit wirklich eine Entlastung für die Mieter herbeiführen (Beifall).

Nachdem der Redner geendet hat, nehmen die Christlichsozialen wieder ihre Plätze ein und Gemeinderat Haider ruft: Einen Verleumder werden wir nicht anhören!

G.R. Broczyner meint, dass er nicht darüber mit der Minderheit rechten werde, ob die Zentralsparkasse als erstes Institut den Zinsfuß ermässigt habe. Tatsache ist aber, dass keine Sparkasse einen Zinsfuß von neun Prozent hat. Es ist gar nichts dagegen einzuwenden, dass auf diesem Gebiet ein edler Wettstreit beginne. Die Zentralsparkasse kann den Zinsfuß für diese Instandhaltungskredite gar nicht noch mehr herabsetzen, da das Bundeskanzleramt als Aufsichtsbehörde seinerzeit Einspruch dagegen erhoben hat, dass die Zentralsparkasse diese Renovierungskredite zu einem anderen Zinsfuß verleiht, als ihre eigenen Gelder. Das Risiko bei diesen Krediten ist sicherlich ebenso gross wie bei Darlehensgeschäften, da die Renovierungskredite auf fünf Jahre gegeben werden, während gewöhnliche Kredite doch nur auf ein Jahr gewährt werden. Es handle sich wirklich um eine grosse Aktion, da wir heuer ungefähr 2.500 Häuser instandsetzen werden. Da wir im vergangenen Jahr 1.500 Häuser renoviert haben, so sind ungefähr zehn Prozent aller Wiener Wohnhäuser durch diese Kredite der Zentralsparkasse instandgesetzt worden. Da aber ein grosser Teil der Häuser dem Bund der Gemeinde und öffentlichen Körperschaften gehören, grosse Wohnungen überhaupt nicht in Betracht kommen, so ist der Prozentsatz natürlich noch grösser. Es ist richtig, dass wenn der Bund die beträchtlichen Stempelgebühren, die für diese Kredite entrichtet werden müssen, nachlassen würde, dies eine finanzielle Entlastung der Mieter mit sich bringen würde (Beifall).

IV. B o g e n

G.R. Kunschak: Die Gebühr ist doch viel geringer als bei der Gemeinde und die Gemeinde partizipiert noch daran!

Bei der Abstimmung wird der Antrag Zimmerl abgelehnt und der Referentenantrag mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Lötsch beantragt einen Grundtausch der Gemeinde mit den städtischen Strassenbahnen, der ohne Debatte genehmigt wird.

G.R. Grünfeld (soz. dem.) stellt den Antrag, dass ein Zuschusskredit von 56.856 Schilling für Betriebsausgaben der Gemeindefriedhöfe bewilligt werden soll - Er ist eine Behauptung bei den Kosten der Instandsetzung von Friedhofplätzen, bei Gas- und Stromverbrauch, bei den Steinmetzmaterialien und so weiter zu verzeichnen.

G.R. Haider (chr. soz.) bemängelt das Krematorium ganz aussergewöhnlich, dass für die christlichen Friedhöfe nicht viel übrig habe. Es müsse auch bemängelt werden, dass innerhalb eines so kurzen Zeitraumes ein so grosser Zuschusskredit angesprochen werde, der vor allem für Steinmetzmaterialien ganz unverständlich sei. Schliesslich müsse auch ein Vorfall, der sich zu Allerheiligen auf dem Zentralfriedhof abgespielt habe hier erörtert werden. Es wurden dort von der Sekte der Adventisten Flugzettel und Flugschriften verteilt. Man hätte den an diesem Tage diensttuenden Organen auftragen sollen, gegen diesen Unfug energisch einzuschreiten. Da dies aber nicht der Fall war, muss man annehmen, dass die Gemeindeverwaltung darum wusste. Er verlangt vom Referenten Aufklärung darüber.

Im Schlusswort verweist der Berichterstatter auf die Anstrengungen, die allerorten gemacht werden, um die Friedhöfe in den gewünschten Friedenszustand zu bringen. Vielfache Beschwerden der letzten Zeit erweisen sich aber als unberechtigt, auch die letzte Besichtigung des Hernalser Friedhofes hat dies ergeben. Ueber die Flugschriften ist nichts bekannt. Daraufhin wird der Antrag mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Berichterstatter Gemeinderat Hiesl beantragt ein unverzinsliches Darlehen von zehntausend Schilling für den Verband „Societas“. Der Betrag ist für Adaptierungsarbeiten in den Kinderheimen Schwadorf und Sievering notwendig geworden und bis 31. Dezember 1926 rückzuzahlen. Die Mittel des Vereines gestatten ihm nicht, die Arbeiten ohne Mithilfe durchzuführen. Da noch immer Tausende von Kindern ohne Unterkunft sind, ist es eine dringende Notwendigkeit geworden, sich ihrer anzunehmen.

G.R. Stöger (chr. soz.) polemisiert länger gegen die religionfeindliche Einstellung und den Hass der Mehrheit. Er stellt Geschmacklosigkeiten am figuralen Schmuck eines Saales in der Rosenhügelstrasse fest und Mistände auf der Wieden, wo die Zöglinge eines Waisenhauses an dem Beichten dadurch gehindert wurden, dass man sie in pharisäischer Weise in ein Kino lockte.

G.R. Binder (chr. soz.) bringt die Sprache neuerlich auf Mistände, die er schon seit dem Jahre 1923 geisselt. Auf der Landstrasse hat die Societas in einem öffentlichen Gebäude ihren Sitz, es werden sogar Amtsräume des Fürsorgeinstitutes für solche Partezwecke unberechtigt missbraucht. Auf die Dauer könne man solche Zustände nicht dulden. Es wäre auch interessant zu wissen, wer für die Strom- und sonstigen Kosten aufkomme.

Im Schlusswort erklärt der Berichterstatter, auf nicht zur Sache gehörige Bemerkungen nicht eingehen zu können. Mit der Augen des Künstlers müsse man an die Betrachtung von Kunstwerken herangehen, nicht aber mit kleinlicher Nörgelsucht. Die Charitas hat heute noch ihren Sitz im öffentlichen Gebäude, ohne dass ihr daraus Schwierigkeiten erwachsen. Die Gemeinde ist in dieser Beziehung nicht kleinlich sondern grosszügig. Die Societas nimmt sich der Armen und Bedürftigen ohne Unterschied an. Die Beleuchtung wird genau verrechnet.

G.R. Motzko (chr. soz.) berichtigt tatsächlich, dass die Tätigkeit des Verbandes Societas nicht unpolitisch, sondern parteimässig sei. In den Bericht des „Wijug“ findet sich folgende Geschmaklosigkeit: Man hofft, die Kinder später nicht mehr in minderwertigen Anstalten und Klöstern unterbringen zu müssen.

Der Referent erwidert durch die tatsächliche Berichtigung der Frau Gemeinderätin Motzko sei keineswegs die Behauptung widerlegt, dass die Societas ein unpolitischer Verein sei. Es gebe doch wirklich minderwertige Anstalten und Kloster.

Auf den Bänken der Christlichsozialen werden die Ausführungen des Referenten mit lebhaften Protestrufen begleitet.

G.R. Rummelhardt: Ist das eine tatsächliche Berichtigung? Was ist das für ein Vorsitzender, das das duldet!

G.R. Preyer: So ein Skandal!

G.R. Doppler: Und dabei hat er bewusst Unwahrheiten vorgebracht!

In dem grossen Lärm hört man nun nur mehr die lauten Rufe des Gemeinderates Preyer: Skandal, Skandal, so was muss man sich vom Referente bieten lassen.

Vorsitzender Gemeinderat Schorsch leitet nun trotz des Lärmens und der Protestrufe der Minderheit die Abstimmung ein. Es wird der Antrag des Referenten angenommen.

G.R. Schleifer (Soziald.) beantragt einen Zuschusskredit von 48.000 Schilling für die Errichtung eines Tagraumes im Versorgungshaus Melldemannstrasse in der Brigittenau.

G.R. Stöger (chr. soz.) bemängelt dass dieser Zuschusskredit bewilligt wurde, bevor noch die Pläne vorgelegt worden sind.

Der Referent bestreitet die Richtigkeit dieser Behauptung, worauf der Antrag angenommen wird.

Schluss der Sitzung um 9 Uhr abends.

## R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 21. März 1925

Keine Sitzung des Gemeinderates. Der Wiener Stadtsenat und der Wiener Gemeinderat halten in der kommenden Woche keine Sitzungen ab.

Die Grippe und die Schulen. Im Einvernehmen mit der politischen Bezirksbehörde hat der Wiener Stadtschulrat verfügt, dass die Schulen in der Argentinierstrasse 10, WALTERGASSE 16 und STARHENBERGGASSE 8 vom Dienstag, den 24. März an, den wegen gehäufter grippeartigen Erkrankungen eingestellten Unterricht wieder aufzunehmen haben.

Eröffnung eines Volkskindergartens. Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1923 den ehemaligen Matzleinsdorfer Friedhof in eine öffentliche Gartenanlage umgewandelt. Gleichzeitig wurde im südlichen Teil dieser Anlage <sup>der Bau</sup> eines modernen Kindergartengebäudes begonnen, der nun vollendet ist. Bürgermeister Seitz hat die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu der am Mittwoch, den 25. März um 11 Uhr vormittags stattfindenden Eröffnung dieser Kindergartenanlage geladen. Durch die neue Anlage erhält der Bezirk Favoriten eine grosse mustergültige Fürsorgeeinrichtung für die vorschulpflächigen Kinder, die in diesem dichtbevölkerten Bezirk eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Keine Beschränkung der Schifffahrt nächst der Reichsbrücke. Die am 2. März im Donaustrom beim Schiffswendeplatz nächst der Reichsbrücke begonnenen Baggerarbeiten wurden eingestellt. Es sind daher alle infolge dieser Arbeiten verfügten Beschränkungen des Schiffsverkehrs aufgehoben worden.

Strassenbahnfahrpreis am Mittwoch. Auf den städtischen Strassenbahnen gilt am Mittwoch (Feiertag) der Werktagstarif. Es sind daher Frühfahrtscheine, Fürsorgefahrtscheine, Wochenkarten und Hin- und Rückfahrtscheine gültig. Für die Rückfahrt können die <sup>Wochenkarten und</sup> Hin- und Rückfahrtscheine schon von 11 Uhr vormittags an benutzt werden.

Ein städtischer Bäderfilm. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat einen Film über das städtische Bäderwesen Wiens herstellen lassen, der aus zwei Teilen besteht. Im ersten Teil werden die städtischen Warmbadeanstalten mit allen Badeeinrichtungen und dem Baderleben vorgeführt, während der zweite Teil den Schwimmbädern gewidmet ist. Bemerkenswert sind die Filmaufnahmen über den grossen Bau des Amalienbades in Favoriten, das gleichzeitig für 1260 Personen Bademöglichkeiten bietet. Die erste Vorführung dieses Filmwerkes findet am Mittwoch, den 25. März um 10 Uhr vormittags im grossen Saal der Urania statt; an ihr werden die Mitglieder der Gemeindevertretung und der Presse teilnehmen.

Das Ergebnis der Altersheimsammlung. Das Aktionskomitee des Vereines zur Schaffung eines Altersheimes teilt mit, dass die Strassen- und Häusersammlung vorläufig rund 850 Millionen Kronen ergeben hat. Es sind noch die Ergebnisse aus einigen Bezirken nicht vollständig abgeschlossen. Freilich werden noch weitere Summen aufzubringen sein um das Heim des Vereines in Baden noch in diesem Sommer eröffnen zu können. Der Verein dankt allen Spendern und den Behörden, Organisationen, der Presse, sowie den vielen Personen, die sich in so selbstloser Weise in den Dienst dieser Sammelaktion gestellt, herzlichst.

Koch- und Haushaltungskurse der Stadt Wien. Am 1. April 1925 beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI. Brückengasse 3, neue Kurse, die drei Monate dauern werden. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für feinere Küche (täglich), ein Abendkochkurs (zweimal wöchentlich), ein Abendkurs für Kleidermachen (zweimal wöchentlich), ein Abendkurs für Weissenähen (zweimal wöchentlich) und ein Servierkurs (einmal wöchentlich). Prospekte sind beim Schulwart zu haben. Einschreibungen am Samstag von 10 bis 13 Uhr, an den übrigen Werktagen von 10 bis 15 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 23. März 1925

-----  
Sitzung des Wiener Stadtsenats. Am Dienstag, den 24. März um 10 Uhr vormittags findet eine Sitzung des Wiener Stadtsenats statt.

-----  
Mittwoch - schulfrei. Das Bundesministerium für Unterricht hat dem Wiener Stadtschulrat mitgeteilt, dass der Ministerrat den Beschluss gefasst hat, am 2. Februar, 25. März und 8. September - drei Marienfeiertage - in den staatlichen Aemtern den Dienst aufrechtzuerhalten. Es wird daher bereits am Mittwoch, den 25. März in den staatlichen Aemtern, wie an einem gewöhnlichen Werktag, Dienst gemacht werden. Was die Erteilung des Unterrichtes an den öffentlichen Schulen anlangt, hat sich das Bundesministerium die Entscheidung noch vorbehalten. Es ist daher der Mittwoch schulfrei.

-----  
Keine Sprechstunden beim städtischen Finanzreferenten. Am Donnerstag, den 26. März entfallen wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden bei dem amführenden Stadtrat Breitner.

-----  
Graskarten für die Kriau. Die Kleingartenstelle der Stadt Wien gibt an Werktagen von acht Uhr vormittags bis drei Uhr nachmittags Graskarten für die Kriau aus. Für eine Karte sind zwanzig Schilling zu zahlen. Die Karten sind in der Kanzlei der Kleingartenstelle I. Doblhofgasse 6, IV. Stock, Tür 36, zu beheben.

-----  
Freie Lehrerstellen beim Fortbildungsschulrat. Mit Beginn des Schuljahres 1925/26 werden beim Fortbildungsschulrat folgende hauptamtliche Lehrstellen besetzt: eine Lehrstelle für Chemie (Verwaltung des chemischen Laboratoriums) an den Fortbildungsschulen für Anstreicher, Maler, Färber, Gerber, Gürtler und Metallschleifer, zwei Stellen für Berufslehrer für Fachkunde, Fachzeichnen und Lehrwerkstättenunterricht an der fachlichen Fortbildungsschule für Kürschner, eine Stelle für Berufslehrer für den Lehrwerkstättenunterricht und Fachkunde an den fachlichen Fortbildungsschulen für Buchbinder. Bewerber um diese Stellen wollen ihre mit einem Schillingstempel versehenen, mit Tauf- oder Geburtschein, Heimatschein und Befähigungsnachweisern/einschliesslich Zeugnissen über Absolvierung der zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrern bestimmten Fachkurse, bis längstens 30. April 1925 beim Fortbildungsschulrat einreichen. Die näheren Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Berufslehrpersonen an gewerblichen Fortbildungsschulen in Wien können an allen Werktagen von 9 bis 12 Uhr im Schulamt, VI. Mollardgasse 87, Hochparteyre Tür 8 eingesehen werden.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 24. März 1925

-----  
Die Gemeinde Wien und die abgeschafften drei Feiertage. Die von der Regierung getroffene Verfügung über die Abschaffung von drei kleinen Feiertagen (Mariantagen) ist der Landesregierung Wien derart verspätet zugekommen, dass es nicht mehr möglich war, die notwendigen Verfügungen zu treffen. Es wird daher für die magistratischen Ämter Wiens und für die Direktionen der städtischen Unternehmungen der 25. März 1925 noch als Feiertag gelten.

-----  
Ablenkung der Bahnhofrundlinie. Wegen Gleisarbeiten wird die Bahnhofrundlinie vom Freitag an bis auf weiteres vom Neubaugürtel über die Mariahilferstrasse, Wallgasse, Gumpendorferstrasse, Schönbrunnerstrasse, Margartenplatz, Johann Straussgasse, Prinz Egenstrasse zum Landstrasser-Gürtel geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

-----  
Entfallende Sprechstunden im Rathaus. Bei den amtsführenden Stadträten Breitner und Kokrda entfallen, am Donnerstag wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden.

-----  
Die Schlachthausbrücke teilweise gesperrt. Anlässlich der Durchführung von Instandsetzungsarbeiten an der Fahrbahn der Schlachthausbrücke wird von Donnerstag an die flussabwärtige Fahrbahnhälfte für den Verkehr gesperrt.

-----  
Die Schachtgräber am Jedleseeer Friedhof werden wieder belegt. Nach dem 1. Mai 1925 werden die Schachtgräber in der Gruppe IV des Jedleseeer Friedhofes wieder belegt. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen hat beschlossen, dass an Stelle dieser Schachtgräber nunmehr eigene Gräber angelegt werden sollen. Ansuchen um Exhumierungen aus diesen Schachtgräbern müssen bis längstens 18. April 1925 bei der Magistratsabteilung 12 in Wien I. Rathausstrasse 9, überreicht werden. Verspätet eingebrachte Gesuche werden nicht berücksichtigt. Nach dem 1. Mai werden die Grabkreuze von den Schachtgräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an entsprechender Stelle gelagert. Alle Parteien, die sich innerhalb eines Jahres melden und ihr Eigentumsrecht an diesen Grabkreuzen nachweisen können, erhalten die Kreuze zurück, wenn sie die Kosten der Abräumung ersetzen. Ueber alle Grabkreuze, die innerhalb dieser Frist nicht reklamiert werden, verfügt die Gemeinde.

-----  
Pensionierung des Senatsrates Ingenieurs Hartl. Der Stadtsenat genehmigte heute nach einem Bericht des Personalreferenten amtsführenden Stadtrates Speiser das Ansuchen des Senatsrates Ingenieurs Josef Hartl um Versetzung in den dauernden Ruhestand. Senatsrat Hartl trat im Jahre 1894 in den Dienst der Stadt Wien und wurde, nachdem er einige Jahre baupolizeilich tätig war, der Abteilung für Brücken- und Wasserbauten zugewiesen, wo er eine überaus erfolgreiche Tätigkeit entfaltete. Im Jahre 1920 wurde Senatsrat Hartl mit der Leitung dieser Abteilung betraut. Er war einer der fachtüchtigsten und fleissigsten Ingenieure der Stadtverwaltung. Der Stadtsenat hat ihm anlässlich seines Scheidens aus dem städtischen Dienst den Dank und die volle Anerkennung für seine langjährige und erspriessliche Tätigkeit ausgesprochen.

Das neue städtische Kindergartengebäude im Waldmüllerpark.  
Festliche Eröffnung durch den Bürgermeister.

Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1923 den ehemaligen Matsleinsdorfer Friedhof in eine Gartenanlage umgewandelt und gleichzeitig am südlichen Ende dieses neuen Parks den Bau eines grossen Kindergartengebäudes begonnen. Der Park wurde nach dem Maler Waldmüller benannt, dessen sterbliche Hülle auf dem Matsleinsdorfer Friedhof die letzte Ruhestätte fand. Während die Gartenanlage bereits im September 1923 eröffnet werden konnte und, an der Grenze zwischen Margareten und Favoriten gelegen, eine Sehenswürdigkeit ist, wurde das grosse Kindergartengebäude erst vor wenigen Wochen vollendet. Mit einem Kostenaufwand von drei Milliarden Kronen hat die Gemeinde einen schmucken Bau errichtet, der alle Erfordernisse eines modernsten eingerichteten Kindergartens enthält. Vier grosse lichtdurchflutete Beschäftigungssäle im Erdgeschoss und im ersten Stock bieten Raum für ungefähr einhundertfünfzig Kinder. Im ersten Stock ist ein grosser, prächtig ausgestatteter Festsaal eingebaut worden, der in drei Teile geteilt werden kann und dadurch sowohl für kleinere als auch für grosse Veranstaltungen geeignet ist. Duschbädanlagen, eine von den übrigen Räumlichkeiten streng gesonderte Kleiderablage und ein eigenes Werkstattzimmer für die Kleinen sind besonders zu erwähnen. Das Haus wird von zwei grossen Gärten umschlossen, von denen einer mit einem Plantschbad versehen ist, während der zweite dem Spiel und der Beschäftigung der Schützlinge in der warmen Jahreszeit dient. Das Gebäude ist bereits von einer frohen Kinderschar bewohnt und heute vormittags wurde es durch Bürgermeister Seitz eröffnet. Zu der Feier waren die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die anteführenden Stadträte Breitner, Professor Tandler, Siegel, Kokroda und Richter, Sektionschef Dr. Helly vom Volksgesundheitsamt, Stadtbauinspektor Ingenieur Dr. Masil, viele Bezirksvorsteher, Gemeinderäte und Bezirksräte erschienen. Die Favoritner Strassenbahner hatten eine grosse Abordnung entsendet.

Der städtische Wohlfahrtsreferent anteführender Stadtrat Professor Tandler begrüßte die Erachtenerinnen und verwies darauf, dass dies bereits der neunundfünfzigste Kindergarten ist, den die Gemeinde verwaltet. Die Gemeindeverwaltung hofft, dass es ihr möglich sein wird solche Musterkindergärten in grösserer Zahl auszurichten. Es ist der grösste und schönste Kindergarten, der heute eröffnet werden wird und Redner bittet den Bürgermeister dieses Haus der Jugend zu übernehmen.

Bürgermeister Seitz: Man sagt mit Recht, dass dieses neue Kinderheim das schönste in unserer Stadt, geradezu eine Musteranstalt sei für alle übrigen Kindergärten, die noch von der Gemeinde erbaut werden müssen. Und die Zahl der Kinderheime wird nicht gering sein, wenn wir unser Programm erfüllen, unser Endziel erreichen wollen: Das jedes Kind einem Kindergarten angehört. Wir wollen, dass unsere Kindergärten nicht nur von jenen Kindern besucht werden, deren Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu erziehen und sie daher jemand anderen anvertrauen müssen. Wir wollen, dass sie von allen Kindern besucht werden, weil wir meinen, dass auch die vorschulpflichtige Erziehung eine Aufgabe der Gesellschaft sein muss. Unsere Kindergärten sollen die richtige Vorstufe für die Volksschule werden. Nicht mehr in dumpfen unfreundlichen Stuben soll unsere Jugend heranwachsen. Was in unserer Kraft steht, dass die Jugend betreut von liebevoller Sorgfalt sich frei entfalten, werden wir tun. Ich bin überzeugt, dass wir nicht vergebens an die Bevölkerung appellieren, wenn es heisst, derer zu gedenken,

die nach uns kommen. Man sag über die Steuerpolitik der Gemeinde, die Luxus, Freude und Genuss erfasst, dessen sie man will, aber davon sind alle überzeugt, dass diese kluge Steuerpolitik es möglich gemacht hat, solche Heime zu bauen und dadurch unser bestes Kapital zu vergrössern, unsere Jugend. So soll diese Stätte - einst eine Stätte der Trauer und des Todes - nunmehr zu einer Stätte wahrer Freude für unsere heranwachsende Jugend werden. Wir nennen sie Waldmüllerpark. Sie erinnert an den grossen Künstler, der hier ruht, an den Künstler, dessen Bilder so lichtvoll und sonnig sind, wie wir uns das Leben unserer Kinder wünschen. In diesem Sinne eröffne ich das neue Heim. Ich danke den anteführenden Stadträten Professor Tandler und Siegel, den Architekten und allen Arbeitern, die hier so viel schönes für unser heiligstes Gut, für unsere Kinder, geschaffen haben.

Lauter Beifall folgte den Worten des Bürgermeisters.

Bezirksvorsteher Sigl dankte namens der Bevölkerung Favoritens dem Bürgermeister und der gesamten Gemeindevertretung für den Bau des neuen Kinderparadieses. Es wird, sagte der Redner, ausserordentlich schwer sein, den Eltern begreiflich zu machen, dass nur eine bestimmte Zahl von Kindern in das neue Heim aufgenommen werden können. Der Andrang ist schon jetzt sehr gross und die Gemeindevertretung Favoritens hofft, dass es bei diesem einen neuen Kindergarten nicht bleiben wird, weil der stark bevölkerte zehnte Bezirk solche Anstalten dringend braucht. Schliesslich sprach der Bezirksvorsteher die Überzeugung aus, dass die Kinder in dem neuen Heim zu gesunden, aufrechten Republikanern erzogen werden. (Beifall).

Die Festgäste besichtigten nun unter Führung des Erbauers Architekt Baurat Hugo Mayer eingehend das Gebäude. Im Festsaal führten die Kleinen Reigenspiele und Tänze auf, die von der Direktorin Franciska Valerian geleitet, das Entzücken aller Anwesenden hervorriefen.

Mit einem Dank des Bürgermeisters an die Leitung und alle Angestellten des Kindergartens wurde die Eröffnungsfestfeier beendet.

Das städtische Bäderwesen. Im grossen Saal der Urania wurde heute zum erstenmal der neue Film „Das städtische Bäderwesen Wiens“ vor geladenen Gästen vorgeführt. Der technische Referent der Gemeinde, anteführender Stadtrat Siegel, begrüßte die Anwesenden und gab dann einen Überblick über die Entwicklung des Bäderwesens in Wien. Seit dem Jahre 1919 wurden von der Gemeinde fünf Kinderfreibäder, ein Volksbad in Meidling, ein Dampf- und Wannenbad in Döbling und das Luft- und Sonnenbad am Krapfenwaldl errichtet. Das Bad des grössten Bades Mitteleuropas, den die Wiener Stadtverwaltung im Jahre 1923 begonnen hat, wird voraussichtlich im kommenden Jahr vollendet sein und damit werden nicht weniger als 1250 neue Bademöglichkeiten geschaffen werden. Die bereits vorhandenen Bäder wurden bedeutend vergrössert. Gegenwärtig können in den städtischen Badeanstalten 26.190 Personen baden. Der Film wurde vor allem aus gesundheitlichen Gründen hergestellt, um die Bevölkerung auf die Wichtigkeit des Badens für die Förderung der Gesundheit aufmerksam zu machen. Nach dem Redner für den Besuch gedankt hatte, wurde der Film vorgeführt. Er zeigt die städtischen Warmbadeanstalten mit allen Badeeinrichtungen und viele Szenen aus den Bädern. Besonders schön sind die Aufnahmen, die das Jägerbad zeigen. Die dortige grosse Schwimmhalle gab ein dankbares Objekt ab für ausgezeichnete Filmaufnahmen, die gewiss alleseits beachtet werden dürfen. Da vor allem ein Damenreigen und die Gruppenbilder „Muhirad“ und „Stern“ erwähnenswert. Schliesslich gewinnt der Beschauer auch eine Vorstellung von der gewaltigen Grösse des im Bau befindlichen Amalienbades in Favoriten, das in mehreren Bildern vorgeführt wird.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 26. März 1925

-----  
Lichtbildervortrag über den Fliegerschutz. Am Dienstag, den 31. März, um fünf Uhr nachmittags findet im Sitzungssaal des Gemeinderates vor geladenen Gästen ein Lichtbildervortrag von Major Josef Brunner über den Fliegerschutz statt.

-----  
Der Bezug von Nutzwasser ist anzumelden! Das neue Wasserversorgungsgesetz bestimmt, dass mit 17. April 1925 der besondere (Nutz-) Wasserbezug allgemein gekündigt wird. Um nach Ablauf der Kündigungsfrist eine Einstellung des Wasserbezuges zu vermeiden, müssen die Betriebe ihren Wasserbezug bis längstens 17. April bei der Magistratsabteilung 34a in Wien VI. Grabnergasse 6, neu anmelden. Die Anmeldung kann schriftlich oder mündlich von acht bis elf Uhr vorgenommen werden. Der Magistrat macht weiters aufmerksam, dass bei dieser Abteilung auch um die Gewährung des ermässigten Wasserbezuges für Anstalten, Betriebe u. s. w. schriftlich anzusuchen ist, wobei die entsprechenden Nachweise beizubringen sind. Die ermässigte Gebühr wird aber nur dann gewährt, wenn eine eigene Abzwegleitung bereits vorhanden ist oder neu gelegt wird. Auch muss eine eigener Wassermesser eingeschaltet sein.

-----  
Wohltätigkeitskonzerte des Professors Sostaric. Am Sonntag hat Professor Dr. Sostaric auf dem „eldenplatz sein achtzigstes Wohltätigkeits-Flügelhornkonzert absolviert, dass sowohl in künstlerischer als auch in materieller Beziehung einen vollen Erfolg brachte.

-----  
Lehrlingsferien in Oesterreich. Ueber die Tätigkeit der Lehrlingsfürsorgeaktion beim Bundesministerium für soziale Verwaltung unterrichtet ein soeben erschienener ausführlicher Bericht, der auch mit vielen guten Bildern, die das Leben und Treiben in der Erholungsheimen zeigen, geschmückt ist. Diese für die erwerbstätige Jugend so wichtige Fürsorgeeinrichtung hat seit dem Jahre 1918 nicht weniger als 35.009 Pfleglinge durch 974.402 Tage in ihren eigenen Heimstätten betreut und dabei bemerkenswerte gesundheitliche Erfolge erzielt. Im Jahre 1924 haben die Hauptteil der Kosten dieser Fürsorge die Krankenkassen getragen, die mehr als 3'4 Milliarden Kronen leisteten und damit 47'3 Prozent des gesamten Aufwandes der Aktion bestritten. Die Gemeinde Wien unterstützte die Aktion im Jahre 1924 mit einem Beitrag von 818'5 Millionen Kronen, wozu noch 144'8 Millionen Kronen vom städtischen Jugendamt kommen. Auch das Wkner Jugendhilfswerk beteiligte sich im Jahre 1924 an der Lehrlingsfürsorgeaktion mit einem Betrag von 833'2 Millionen Kronen. Schliesslich wurden von den jugendlichen Pfleglingen selbst 861'5 Millionen Kronen aufgebracht. Im Jahre 1924 wurden in den Erholungsheimen insgesamt 7616 Pfleglinge gezählt; der grösste Teil, nämlich 5434 entfällt auf Wien, es sind aber auch alle anderen Bundesländer vertreten. In den nächsten Wochen werden die Heimstätten wieder eröffnet werden.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 27. März 1925

-----  
Freie Assistentenstelle. Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz wird am 1. Mai 1925 die Stelle eines Assistenten an der Prosektur besetzt. Gesuche um die Stelle müssen mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegt werden und sind bis spätestens 10. April 1925 in der Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu überreichen.

-----  
Wiener Kinderrettungswoche.

Vom 29. März bis 5. April 1925 .

Die Wiener Kinderrettungswoche ist bereits zu einer populären Einrichtung geworden. Von allen Anschlagtafeln leuchtet jetzt das Wappen der Stadt Wien mit der Ankündigung der Kinderrettungswoche und das Wiener Jugendhilfswerk als Veranstalterin dieser Aktion hat alles vorgekehrt um durch eine rührige Propaganda ein günstiges Ergebnis der Sammlungen zu erzielen. In der Strassenbahn, in den Kinos, in allen Häusern und Geschäften wird die Bevölkerung auf die Kinderrettungswoche durch das bekannte Zweikindermotiv, das bereits zu einem Symbol der Kinderrettungswoche geworden ist, aufmerksam gemacht. Auch die modernste Form der Ankündigung, die lebenden Bilder an den Kiosken, wurden in den Dienst der guten Sache gestellt. Die Wiener Fürsorgeräte und die Hausbesorger haben sich ausnahmslos bereit erklärt, bei den Sammlungen mitzuwirken. Das Ergebnis der Kinderrettungswoche wird restlos für Freiplätze an erholungsbedürftige Kinder verwendet. Im Jahre 1924 erhielten nicht weniger als dreitausendfünfhundert Kinder Freiplätze. Insgesamt sicherte das Wiener Jugendhilfswerk zweiunddreissigtausend Kindern einen Landaufenthalt. Die Freiplätze erhalten nur solche Kinder, die von den Schulärzten als unbedingt erholungsbedürftig bezeichnet werden und deren Eltern mittellos sind.

Neben der vom 29. März bis 5. April stattfindenden Sammlungen in den Häusern, wird am Samstag, den 4. April oder am Sonntag, den 5. April eine allgemeine Strassensammlung sein. Die Bevölkerung wird auf diese Sammlung durch dreissig Musikkapellen aufmerksam gemacht werden, die in der kommenden Woche in den einzelnen Bezirken spielen.

-----  
Die Zuschläge zum Reinigungsgeld der Hausbesorger. Der Wiener Magistrat macht aufmerksam, dass die Zuschläge zum Reinigungsgeld der Hausbesorger, die für die in den Monaten November bis einschliesslich März zu besorgende Reinigung der Gehsteige festgesetzt worden sind, auf das ganze Jahr aufgeteilt wurden. Für den Monat April ist daher kein niedrigeres Reinigungsgeld zu zahlen, sondern die Beträge bleiben unverändert.

-----

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 28. März 1925

### Die Elektrifizierung der Stadtbahn.

In den nächsten Tagen werden die Arbeiten für die Elektrifizierung der Stadtbahnstrecke Hütteldorf-Gürtellinie-Heiligenstadt abgeschlossen. Auch die Arbeiten auf den übrigen Strecken sind im vollen Gange. Die Gemeindeverwaltung hat sich der Bundesbahnverwaltung gegenüber verpflichtet, zuerst die Strecke von Hütteldorf bis Michelbeuern zu eröffnen. Der für Mai festgesetzte Beginn der Betriebseröffnung auf dieser Strecke wird eingehalten.

Eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten gibt ein durchaus erfreuliches Bild, wenn berücksichtigt wird, dass durch die bedeutende Verzögerung der Uebergabe des Netzes an die Gemeinde die Arbeiten für die Elektrifizierung mit einer starken Verspätung begonnen wurden. Der Bahnhof in Heiligenstadt ist vollständig fertig. Im Bahnhof Hütteldorf ist sowohl die Wagenhalle als auch das Aufnahmegebäude und das Verwaltungsgebäude bereits unter Dach und es wird gegenwärtig an der Inneneinrichtung und an der Gleislegung gearbeitet. Diese Arbeiten werden Mitte Mai beendet sein. Die Stellwerke und die Räume für die Akkumulatoren sind, soweit der Hochbau in Frage kommt, fast fertig. In ungefähr vierzehn Tagen werden auch alle Anschlusshäuschen fertiggestellt sein. Im Bahnhof Hauptcollant wurden die Arbeiten für die Uebergangssteg begonnen. Die Stege selbst sind bereits von der Fabrik geliefert worden.

Die Gleisarbeiten sind nahezu vollendet. Die Herstellung der elektrischen Schienenverbindungen und die Einlagerung der isolierten Schienenstösse ist so weit vorgeschritten, wie dies im Arbeitsplan vorgesehen war. Auf der Strecke Hütteldorf-Westbahnhof-Michelbeuern ist die Signalanlage fast vollendet. Die Fahrleitung auf der Strecke Hütteldorf-Unter-St. Veit - Meidling-Hauptstrasse ist fertig und konnte bereits unter Spannung gesetzt werden. Auch die Arbeiten auf der Hochbahnstrecke Nussdorferstrasse-Heiligenstadt sind so weit gediehen, dass sie in kürzester Zeit beendet werden. In einigen Tagen wird daher die Strecke von Hütteldorf über die Gürtellinie bis Heiligenstadt elektrifiziert sein.

Die neuen Wagen für die elektrifizierte Stadtbahn werden von den Fabriken fortlaufend geliefert und sind in der Hauptwerkstätte der Strassenbahnen eingestellt. Es dürfte voraussichtlich auch keine Verzögerung bei der Montage eintreten, da die elektrischen Einrichtungen termingemäss geliefert werden. In der Hauptwerkstätte wurde bereits der erste Dreiwagenzug fertiggestellt und am 15. April wird der zweite Dreiwagenzug folgen, so dass die Probefahrt mit einem vollständigen Sechswagenzug durchgeführt werden kann.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags und der Wiener Gemeinderat am Freitag um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters hat amtsführender Stadtrat Spaiser den Ehepaaren Samuel und Ernestine Hammerschlag, Favoritenstrasse 130, Ignaz und Julie Neurath, Seegasse 9 und Albert und Rosalie Oppenheim, Wolfgang Schmälzlgasse 5, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien überreicht.

Kochkurs der Stadt Wien. Am 1. April 1925 beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI. Brückengasse 3, neue Kurse, die drei Monate dauern werden. Für den Vormittagskochkurs, der täglich abgehalten wird und für den Abendkochkurs, der zweimal wöchentlich stattfindet, werden noch einige Schülerinnen aufgenommen. Auskunft täglich von 10 bis 15 Uhr in der Kanzlei der Schule.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 30. März 1925

-----  
Die Theaterenquete. Heute erschien das Präsidium des Verbandes Österreichischer Theaterdirektoren bei Bürgermeister Seitz und ersuchte unter Hinweis auf die bekannten Beschwerden gegen die Lustbarkeitsabgabe um Veranstaltung einer Enquete, bei der die Frage der Lebensfähigkeit der Wiener Theater in ihrem ganzen Umfang zur Debatte gestellt werden soll

Bürgermeister Seitz antwortete, er habe schon vor Wochen die Absicht gehabt, den Theaterdirektoren Gelegenheit zu geben, die im Stadtsenat vorgebrachten Bemängelungen in den Einzelheiten kennenzulernen und sich von deren Stichhaltigkeit zu überzeugen. Diese Bereitwilligkeit bestehe auch jetzt noch. Allerdings könne er nicht verschweigen, dass durch die gestern veranstaltete Versammlung des Bühnens Vereins, in der die grundsätzliche Frage der Lustbarkeitsabgabe überhaupt zur Diskussion gestellt worden ist, Schwierigkeiten entstanden seien. Eine Enquete könne selbstverständlich nicht den Zweck haben, zu erörtern, ob die Lustbarkeitsabgabe abzuschaffen sei, denn das sei ausgeschlossen. Erörtert könnten vielmehr - abgesehen von den im Stadtsenat besprochenen allgemeinen Mängeln, wie Kartenvertrieb u. s. w. - jene besonderen Ursachen, die zum Zusammenbruch einzelner Theater geführt haben, schliesslich eventuell eine Vereinheitlichung der abgestuften Steuer, die Art der Einhebung u. s. w. werden.

Die Herren vom Direktorenverband erwiderten, dass ihr Ansuchen nach einer Enquete gerade nach der gestrigen Versammlung um so notwendiger sei, weil diese Versammlung neuerdings gezeigt habe, dass die Gesamtheit der am Theater interessierten Körperschaften die gegenwärtige Situation für unhaltbar erachtet.

-----  
Sonntagsruhe im Annonzengeschäft. Der Bürgermeister als Landeshauptmann hat verordnet, dass im Betrieb der Annonzenbüros und der Annahmestellen von Ankündigungen für periodischer Druckschriften der Geschäftsschluss an Samstagen um zwei Uhr nachmittags zu erfolgen hat. Alle bis jetzt gewährten Ausnahmen werden gleichzeitig aufgehoben.

-----  
Die Beleuchtung des Praters. In Vertretung der Interessen der Gastwirte des unteren Praters erschien heute Dr. Blasel bei Bürgermeister Seitz und ersuchte um die öffentliche elektrische Beleuchtung einer Zufahrtsstrasse in den unteren Prater. Die gegenwärtige schlechte Beleuchtung schrecke das Publikum ab, worunter die Geschäftsleute arg zu leiden haben. Bürgermeister Seitz verwies darauf, dass die öffentliche Beleuchtung dieser Strassen nicht in die Kompetenz der Gemeinde falle, sondern Sache der Bundesverwaltung sei. Durch das Eigentumsrecht des Bundes sei leider der Gemeinde jeder Eingriff versagt, so sehr sie auch bereit wäre, den schwer bedrängten Geschäftsleuten zu helfen. Die Angelegenheit werde aber geprüft werden und es wird die Gemeindeverwaltung ihr möglichstes tun.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 31. März 1925

Gemeindesubventionen. Der Gemeinderat wird sich am Freitag mit einer Reihe von Subventionen beschäftigen, die auf Antrag des Gemeinderates Hiess bereits vom städtischen Finanzausschuss genehmigt worden sind. Es wurde beschlossen, dem Wiener Dombauverein, der alljährlich von der Gemeinde subventioniert wird und der die Aufgabe hat, den baulichen Schäden am Stefansdom durch unausgesetzte Restaurierungen zu begegnen, für das Jahr 1925 eine Gemeindesubvention von zweitausendfünfhundert Schilling zu gewähren. Eine Subvention in der gleichen Höhe hat der städtische Finanzausschuss dem Verein Hauskrankenpflege bewilligt. Der Verein gegen Verarmung, dessen Wirken in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besonders notwendig ist und der im Jahre 1924 fast sechzigtausend Schilling in Form von Darlehen, Unterstützungen in Geld und Kleidungsstücken an Bedürftige aufgewendet hat, wandte sich an die Gemeinde um eine Unterstützung. Der Finanzausschuss hat für das Jahr 1925 eine Subvention von zweitausendfünfhundert Schilling gewährt. Eine Subvention von tausend Schilling wurde weiters dem im Rahmen des Normenausschusses für Baustoffe bestehenden Unterausschusses für die Normung des natürlichen Gesteins bewilligt. Diese Körperschaft besteht aus Baufachleuten und überprüft an der technischen Versuchsanstalt der technischen Hochschule und an der Prüfungsanstalt des Technologischen Gewerbemuseums verschiedene Sand- und Schottermaterialien. Die Gemeinde hat daran ein grosses Interesse, weil diese Prüfung viele Materialien umfasst, die bei den Strassenbauten verwendet werden und nunmehr auch auf die bei den Wohnbauten der Gemeinde verwendeten Mörtel- und Betonzuschlagsstoffe ausgedehnt werden soll. Schliesslich hat der Finanzausschuss dem Wiener Tierschutzverein für das Jahr 1925 eine Subvention von tausend Schilling und der Freiwilliger Feuerwehr in Kaiserbrunn, wo die Stadt Wien viele Objekte der ersten Hochquellenleitung besitzt, für den Ankauf einer Benzinmotorspritze fünfhundert Schilling bewilligt.

Ausgestaltung des Leopoldstädter Kinderspitals. Die Gemeinde Wien hat, wie seinerzeit berichtet, das Leopoldstädter Kinderspital übernommen und musste gründliche Ausbesserungsarbeiten durchführen. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde nun beschlossen, vor allem die Bäder die Abwaschräume und die Teeküchen auszugestalten. Die Kosten der Ausführung dieser Arbeiten stellen sich auf 27.600 Schilling.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 31. März 1925. Zweite Ausgabe

-----  
Die Kinderrettungswoche. Die Feuerwehrkapelle veranstaltet am Mittwoch um drei Uhr nachmittags Am Hof in der Inneren Stadt ein Platzkonzert zugunsten der Kinderrettungswoche. Nach Beendigung des Konzertes findet ein Musikzug durch den ersten Bezirk statt.

-----  
Ein Blick in das Innere der Räderuhr. Am Mittwoch, den 1. April um 1/6 Uhr abends wird Professor Kaftan, der Leiter des städtischen Uhrenmuseums, im kleinen Saal der Urania vortragen. Der Vortragende wird aus dem reichen Material des Uhrenmuseums eine grosse Zahl von Uhren im Lichtbild zeigen, wodurch auch der Laie einen Einblick in den Mechanismus der Räderuhr gewinnen wird. Der Vortrag dürfte nicht nur allein für Uhrenliebhaber, sondern für jeden, der seine Uhren in gutem Zustand erhalten will, von besonderem Interesse sein.

-----  
Die Zahl der Todesfälle im Februar. In Wien sind im Februar 2013 Personen gestorben. Im Jänner starben 2291 und im Februar des vergangenen Jahres 2126 Personen. Die grösste Zahl der Todesfälle im Februar 1925, nämlich 398, entfiel auf Krankheiten der Kreislauforgane.

-----  
Die Gemeinde Wien für die Sommerzeit. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr die Einführung der Sommerzeit mit der Begründung abgelehnt, dass die Nachbarstaaten sich <sup>da</sup> gegen ausgesprochen haben. Der Wiener Stadtsenat hat damals die Bundesregierung aufgefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Einführung der Sommerzeit in den folgenden Jahren zu sichern und ins besondere auch eine entsprechende Propagandatätigkeit in den benachbarten Staaten zu entfalten. Die Gemeindeverwaltung hat sich nun kürzlich an die Regierung um Auskunft über den Stand dieser Angelegenheit gewendet. Im Wiener Stadtsenat berichtete heute Magistratsdirektor Dr. Hartl, dass das Bundeskanzleramt der Gemeinde mitgeteilt hat, es sei auch heuer die für die Einführung der Sommerzeit in Oesterreich notwendige Voraussetzung nicht gegeben, weil die gleichzeitige Einführung in den hauptsächlichsten Nachbarstaaten nicht erfolgt ist. Da die Gemeinde Wien in dieser Frage nicht selbständig vorgehen kann, nahm der Stadtsenat diese Mitteilung des Bundeskanzleramtes entgegen und beschloss die Regierung neuerlich aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die dauernde Einführung der Sommerzeit in den künftigen Jahren vorzusorgen.

-----